

*Regierungsprogramm
1990/1995*



Unser Saarland gewinnt

*Bilanz und Perspektive
sozialdemokratischer
Regierungsverantwortung
an der Saar*

SPD Saar



C90-424

Gliederung

Fünf Jahre Sozialdemokratische Regierungsverantwortung an der Saar: Das Saarland hat wieder eine Perspektive

I. Im Saarland leben und arbeiten . . .	14
1. Neue Horizonte in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	16
2. Modernes Montan- und Energie-land Saar	33
3. Saarland: Standort im Binnenmarkt Europas	41
II. Die neue Umweltpolitik: Regionale Verantwortung im Kampf gegen die ökologische Krise	48
1. Lebensgrundlage Boden	51
2. Schutz des Wassers	52
3. Natur- und Landschaftsschutz	58
4. Naturnahe Land- und Forstwirtschaft	61

5. Die Luft ist im Saarland wieder sauberer	65
6. Lärmbekämpfung	68
7. Abfallwirtschaft	70
8. Altlastensanierung und Revitali- sierung von Industriebranchen	73
9. Lebens- und Freizeitqualität durch Stadt- und Dorferneuerung ...	77
10. Forschung und Entwicklung im Dienst der Umwelt	78

III. Eine neue Kultur des Zusammenlebens in der solidarischen und offenen Gesellschaft

82

1. Frauen und Männer müssen gleichberechtigt sein	82
2. Zukunftsressource Kultur	88
3. Soziale Verantwortung in einer solidarischen Gesellschaft	91
4. Bürgerverantwortung in einem offenen Gemeinwesen	106

IV. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung — Chancen für die Zukunft	112
1. Sicherung eines zukunftsorientierten Bildungsangebotes	112
2. Qualifizierungsoffensive	119
 Politik für die 90er Jahre	 123

**Fünf Jahre
Sozialdemokratische
Regierungsverantwortung
an der Saar:
Das Saarland hat
wieder eine Perspektive**

Bei den Landtagswahlen am 10. März 1985 wurde den saarländischen Sozialdemokratischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstmals die alleinige Regierungsverantwortung übertragen. In einer schweren Krise unseres Landes hat die SPD Saar diese Verantwortung angenommen. Die neue Landesregierung hat sofort und energisch die zentralen Probleme des Landes angepackt, den drohenden Niedergang der Region gestoppt und dem Land neue Zukunftsperspektiven gegeben.

Mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes im Rücken und gestützt auf langjährige praktische Arbeit in den Kommunen hat die SPD-Regierung konsequent den strukturellen und ökologischen Umbau unserer Region vorangetrieben und dem Saarland mit Tatkraft und Ideen neues Selbstbewußtsein und neues Selbstvertrauen gegeben. Das Saarland ist innerhalb weniger Jahre zu einer interessanten Region geworden, von der wichtige Impulse ausgehen für die Weiterentwicklung der modernen Industriegesellschaft und die Schaffung einer lebendigen europäischen Völkergemeinschaft.

Seit Jahren wird von der SPD Saar die Auffassung vertreten, daß der Raubbau an den natürlichen Ressourcen keine tragfähige Grundlage für die künftige Industriegesellschaft ist. Mittlerweile ist es politisches Allgemeinut, daß die Lösung der weltweiten Umweltkrise Voraussetzung für die Zukunft der Industriegesellschaft ist.

Die mangelnde Umsetzung dieser Einsicht in praktische Politik hat vielerorts zu einem Vertrauensverlust in die traditionellen politischen Parteien geführt. Die SPD Saar jedoch konnte ihre Position als stärkste politische Kraft im Land behaupten und - trotz manch unpopulärer Entscheidung - bei der Kommunal- und Europawahl im Juni dieses Jahres noch ausbauen. Die wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist ihre konsequente Haltung in den zentralen gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit.

Ein Kernproblem in der Umweltpolitik ist der Energieverbrauch. Schlüsselfrage bei der Verminderung der Umweltbelastungen ist die Reduzierung der Energieumwandlung. Die Atomenergie ist eine gefährliche Scheinlösung unserer Energie- und Umweltprobleme. Die SPD Saar hat seit Jahren unbeirrt an ihrer Ablehnung der Atomenergie festgehalten, eine alternative Energiepolitik entwickelt und umgesetzt, die Primärenergie einspart und Umweltbelastungen verringert. Es ist erklärtes Ziel der saarländischen SPD und der von ihr gestellten Landesregierung,

dieses praxiserprobte Energiemodell zu übertragen und damit den Ausstieg aus der Atomenergie zu beschleunigen.

Für die SPD Saar war das Vertrauen gerade der jungen Generation in die demokratischen Instanzen unserer Gesellschaft immer ein wesentlicher Bestandteil ihrer Politik. Durch die Aufhebung des Radikalerlasses und die Stärkung der Mitwirkungsrechte in Schule und Hochschule hat die Landesregierung Mißtrauen abgebaut, politisches Engagement gefördert und eine neue politische Kultur ermöglicht.

Mit Genugtuung kann die saarländische SPD heute feststellen, daß der Friedens- und Entspannungsprozeß zwischen den Weltmächten große Fortschritte macht und konkrete Abrüstungsschritte eingeleitet werden. Die internationale Situation bietet die große Chance, den seit langem geforderten Abrüstungsprozeß zu beschleunigen und zusätzliche Haushaltsmittel in den Umbau der Industriegesellschaft umzulenken.

Wirtschaftlich und vor allem finanziell ist das Saarland noch lange nicht über den Berg. Trotz wirtschaftspolitischer Erfolge ist die Arbeitslosigkeit im Saarland noch immer ein drängendes Problem und erfordert weitere Anstrengungen. Daß die Krise der Stahlindustrie im Saarland heute kein Thema mehr ist, mit dem das ganze Land identifiziert wird, ist ein Erfolg der beharrlichen Arbeit

der Landesregierung. Die Bewältigung der Stahlkrise gibt dem Land Hoffnung und neue Tatkraft für die Zukunft.

Mit diesem Programm, das gleichzeitig auch eine Bilanz der Arbeit der letzten Jahre beinhaltet, wird das Regierungsprogramm von 1985 fortgeschrieben. Dessen Grundsatzaussagen sind auch weiterhin Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik an der Saar. Mit dem vorliegenden Programm tritt die saarländische SPD selbstbewußt vor die Wählerinnen und Wähler des Landes und wirbt um Vertrauen für die nächsten fünf Jahre.

Den historischen Tiefpunkt überwunden

Dramatische Ausgangslage

Bei Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten im Jahre 1985 befand sich das Saarland auf einem Tiefpunkt. Die Krise einer allzu lange einseitig auf Kohle und Stahl ausgerichteten Monostruktur bedrohte den Bestand der saarländischen Stahlindustrie in wesentlichen Teilen. Die Krise um die damalige Arbed Saarstahl war bundesweit zum Synonym geworden für die Krise des gesamten Landes.

Alle relevanten wirtschaftlichen Daten

- Arbeitslosenquote,
- Erwerbsquote,
- Einkommensstruktur,
- Unternehmensstruktur,

wiesen aus, daß sich der Abstand zwischen dem Saarland und den übrigen Bundesländern ständig vergrößerte.

Der Arbeitsplatzverlust im Montanbereich konnte nicht durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und in zukunftssträchtigen mittelständischen Sektoren aufgefangen werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit innovativen Dienstleistungen und Produkten fehlten.

Die saarländische SPD mußte 1985 ihre Arbeit mit einer katastrophalen Haushaltssituation beginnen:

- Bei den laufenden Ausgaben bestand eine Unterdeckung von 760 Mio. DM bei einem Haushaltsvolumen von 4,7 Milliarden DM.
- Es gab eine Neuverschuldung von 1,16 Milliarden DM.
- 19,5 % der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen mußten für Zinsen aufgebracht werden.
- Das Verhältnis der Nettokreditaufnahme zu den Gesamtausgaben betrug 24,6 %.

Der Schuldenstand belief sich auf 7,37 Milliarden DM.

- Damit hatte das Saarland mit weitem Abstand die schlechteste Haushaltssituation aller Flächenländer.

Strukturkrise und Haushaltsnotlage waren nicht ausschließlich hausgemacht. Zu den objektiven Faktoren wie der wechselvollen Geschichte des Landes, der späten Eingliederung in die Bundesrepublik, der Randlage des Saarlandes und den Subventionen für die Stahlindustrie kamen als politische Versäumnisse die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit einer aktiven Strukturpolitik, der mangelnde Gestaltungswille und fehlende Konzepte der politisch Verantwortlichen.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren durch Dauerkrise und offenkundige Perspektivlosigkeit weitgehend gelähmt.

Umweltpolitisch war das Saarland in vielen Bereichen wie der Abwasserreinigung, der Altlastensanierung und der Abfallwirtschaft Schlußlicht unter allen Bundesländern.

Der Neuanfang

Die sozialdemokratische Landesregierung gab sich bei ihrem Amtsantritt keinen Illusionen hin, das Land kurzfristig und ohne solidarischer Hilfe von außen aus der Krise führen zu können.

Grundlegende Voraussetzung für den Neuanfang war ein politisches Gesamtkonzept, das - von offensivem Selbstbehauptungswillen getragen - realistische Wege aus der Krise aufzeigte, geeignete In-

strumente entwickelte und die erforderlichen Handlungsspielräume erst wieder eröffnete.

Mit der aktuellen Lösung der Stahlkrise und der Schaffung einer modernen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie einschließlich einer angemessenen sozialen Abfederung für die Betroffenen hat die Landesregierung eine wichtige Grundvoraussetzung zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes Saar geleistet und gleichzeitig wieder ein Klima des Vertrauens in die Zukunft geschaffen.

Parallel dazu wurden in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen Verkrustungen aufgebrochen und Entwicklungspässe beseitigt oder deren Beseitigung eingeleitet. Es wurden gezielt Instrumente zur Neustrukturierung des Landes konzipiert und angewandt. Es wurden neue Entwicklungsperspektiven für das Land eröffnet und innovative Kräfte freigesetzt.

Der Neuanfang im Lande wird aber nach wie vor besonders durch die schwierige finanzielle Lage des Landes bedroht. Wegen der seit Jahren andauernden Unterdeckung bei den laufenden Ausgaben hat der Rechnungshof die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes gestellt. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat in ihrem Bereich wichtige, z.T. unpopuläre Sparmaßnahmen ergriffen. Durch Einsparungen im Personalhaushalt, bei den sächlichen Verwaltungsausgaben,

durch Schulstrukturmaßnahmen und die Krankenhausreform summiert sich die **Haushaltsentlastung** bis zum Ende der Legislaturperiode auf 260 Mio. DM.

Neben den eigenen Konsolidierungsbemühungen hat die Landesregierung seit ihrem Amtsantritt um eine **Verbesserung der Position des Saarlandes bei den Einnahmen** und hier insbesondere beim Bund-Länder-Finanzausgleich gekämpft. Sie hat dazu zweimal das Bundesverfassungsgericht angerufen. Das Ergebnis des 1. Urteils, in dem die **Haushaltsnotlage des Saarlandes anerkannt** worden ist, sowie die Verhandlungen über das Saar-Memorandum 1986 und über die Strukturhilfe haben eine Erhöhung der jährlichen Einnahmen um ca. 220 Mio. DM gebracht.

Teilweise entstandene finanziellen Spielräume wurden gezielt für **Zukunftsinvestitionen** eingesetzt. Die Schwerpunkte lagen bei Investitionen im Bereich des Hochschulbaus, der beruflichen Qualifizierung, der Abwasserreinigung und der Stadt- und Dorferneuerung.

Die Verbesserungen bei Ausgaben und Einnahmen reichen jedoch nicht aus, um die **Dynamik zunehmender Verschuldung** zu brechen. Sie wird ohne Hilfe von außen zu einer Rekordverschuldung in Höhe von 10,8 Milliarden DM Ende 1989 führen. Die Forderung nach einer grundlegenden **Reform der Finanzverfassung** im Bund und die Neukonzeption der Regionalpolitik bleibt für die SPD Saar deshalb eines der zentralen Anliegen in der neuen Legislaturperiode.

I. Im Saarland leben und arbeiten

Das Saarland bietet wieder Perspektiven. Oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik war und ist es, den Menschen eine umfassende Lebensperspektive in der Region zu eröffnen. Die große Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer möchte hier leben und arbeiten.

Massenarbeitslosigkeit und Zwang zur Abwanderung in andere Regionen waren daher in den vergangenen Jahrzehnten der dramatischste Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Krise in unserem Lande.

Sozialdemokratische Politik an der Saar war seit 1985 in allen wesentlichen Bereichen auf die Beseitigung der Beschäftigungskrise konzentriert.

Die Beschäftigung wurde seither stabilisiert. Die Grundlagen für neue, zukunftssichere und interessante Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region wurden geschaffen. Dies konnte nur durch ein konzentriertes Zusammenwirken der Politik zugunsten von Kohle und Stahl, der neuen Wirtschaftsförderung im Lande, einer gezielten Innovationspolitik (Forschungsförderung, Qualifizierungsförderung, Verbesserung der Infrastruktur) sowie einer intensiven Arbeitsmarktpolitik erreicht werden.

Die ersten Erfolge sind jetzt sichtbar:

- Der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes lag 1988 mit 4,1 % im Saarland deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (3,5 %). Die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes konstatiert auch für 1989 eine Hochkonjunktur, wie sie das Land seit zwei Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat.
- Auf dem Arbeitsmarkt waren erste Entlastungstendenzen bereits seit 1986/1987 erkennbar. Im Juni 1989 wurde mit 10,6 % die seit 1982 niedrigste Arbeitslosenquote verzeichnet.

Der Abstand zum Bundesdurchschnitt lag 1985 bei 4,1 Prozentpunkten. Seit 1986 ist die Arbeitslosigkeit im Saarland schneller zurückgegangen als im Bund: Der Abstand beträgt jetzt nur noch 3,2 Prozentpunkte. Von Mitte 1987 bis Mitte 1988 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als 2.000 Personen an. Sie liegt mittlerweile höher als im Jahre 1985, obwohl im Montanbereich weiterhin zahlreiche Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Außerhalb des Montanbereichs sind dagegen seit 1985 deutliche Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen. Die Industrie- und Handelskammer rechnet für 1989 mit einem Beschäftigungsanstieg von 10.000 Arbeitsplätzen.

- Der Strukturwandel im Saarland ist damit wesentlich vorangekommen. Die schicksalhafte Abhängigkeit von Kohle und Stahl konnte weiter gemildert werden: Außerhalb der Montanwirtschaft stieg die Zahl der Beschäftigten seit Mitte des Jahrzehnts um rund 10.000 Personen. Gleichzeitig gingen in der Montanindustrie noch mehr als 8.000 Arbeitsplätze verloren. Der Anteil dieses Bereichs an der Zahl der Beschäftigten ist von 12,8 % 1985 auf heute 10,8 % zurückgegangen.

1. Neue Horizonte in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Das Saarland befindet sich knapp fünf Jahre nach dem Amtsantritt der ersten sozialdemokratisch geführten Regierung im **Aufbruch**. Wichtige Ursachen für die lang anhaltende Krise sind beseitigt.

Die Stabilisierung des Montanbereichs war und ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung. Die Überwindung der traumatischen Stahlkrise hat nicht unerheblich zur Wiederbelebung weitreichender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erneuerungskräfte beigetragen.

Der Montanbereich hat somit - trotz nicht unbedeutender weiterer Arbeitsplatzverluste - eine **stabilisierende Wirkung** auf dem Weg zur Überwindung der allgemeinen Beschäftigungskrise übernommen. Die Bereitstellung **zusätzlicher,**

neuer Arbeitsplätze mit langfristiger Zukunftsperspektive muß dagegen auch künftig außerhalb des Montanbereichs erfolgen.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat seit 1985 hierzu einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erneuerungsprozeß eingeleitet. Es ist ihr gelungen, wesentliche Engpässe für die Weiterentwicklung des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur zu beseitigen. In anderen Fällen wurden die Grundlagen für deren Beseitigung im kommenden Jahrzehnt geschaffen. Vorhandene und künftige Standortvorteile wurden gezielt weiterentwickelt bzw. profiliert.

Dies macht das Ausmaß des Aufbruchs und die Dynamik des gegenwärtigen Strukturwandels deutlich. Angesichts der katastrophalen Ausgangsbedingungen ist dies um so erstaunlicher.

Erschreckende Ausgangslage

Sozialdemokraten haben bei der Regierungsübernahme 1985 in Schlüsselfragen der künftigen Strukturentwicklung desolante Bedingungen vorgefunden:

- Das Forschungs- und Entwicklungspotential wird als Schlüsselgröße für die künftige Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit einer Region angesehen.

Hier war das Saarland bis 1985 im Bundesvergleich bei allen wesentlichen Kennziffern Schlußlicht. Der dramatische Mangel an Forschung und Entwicklung in der Region zeigte sich sowohl bei den saarländischen Unternehmen als auch im Hinblick auf öffentliche Forschungseinrichtungen.

- Das traditionelle Übergewicht großer Unternehmen des Montanbereichs hatte dazu geführt, daß es im Saarland zu wenig selbständige Unternehmen gab, die als Träger eines eigenständigen, regionalen Erneuerungsprozesses in Frage kamen. Neu angesiedelte Betriebe von außerhalb hatten in den vergangenen Jahren zwar einen nicht unbedeutenden Anteil an der Wachstumsdynamik der saarländischen Wirtschaft. Sie haben aber auch den Mangel an sogenannten Headquarter-Funktionen (Management, Vertrieb, Forschung und Entwicklung) weiter verstärkt.
- Besonders im Hinblick auf den künftigen Binnenmarkt in Europa drohten dem Saarland neue Engpässe in der Infrastrukturentwicklung.
- Teilweise bestanden Qualifizierungsempässe im Hinblick auf die Anforderungen neuer Produktionszweige und Dienstleistungssektoren.

Eine koordinierte Förderpolitik, die den Entwicklungsengpässen gezielte Strategien entgegen gesetzt hätte, existierte bis 1985 nicht. Die Mängel der Wirtschaftsförderung waren Ausdruck des allgemeinen Unvermögens, der tiefgreifenden Strukturkrise durch ein klares Entwicklungskonzept und die Mobilisierung aller innovativen Kräfte des Landes zu begegnen.

Widrige Rahmenbedingungen: Der Bund gefährdet den Verfassungsauftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Finanziell waren die Möglichkeiten der regionalen Wirtschaftsförderung im Saarland von zwei Seiten massiv eingeschränkt:

- o Der Bund hat seit Beginn der 80er Jahre seine finanzielle Beteiligung an der regionalen Wirtschaftsförderung weiter reduziert. Aufgrund kurzatmiger Sonderprogramme mangelt es in weiten Bereichen der klassischen Regionalförderung (Gemeinschaftsaufgabe) an einem mittelfristig abgesicherten Fördervolumen. Zudem sind die Mittel der Regionalförderung im Vergleich zu anderen öffentlichen Finanzströmen mit regionalwirtschaftlicher Bedeutung (z.B. Aufträge des Bundes, Forschungsförderung des Bundes) weitgehend zu vernachlässigen.

- o Die katastrophale Situation des Landeshaushaltes begrenzt die Möglichkeiten des Landes, das mangelnde regionalpolitische Engagement des Bundes zu ersetzen.

Die trotz dieser Restriktionen bereitgestellten Mittel - zur Zeit etwa 110 Millionen DM jährlich - sie werden überwiegend vom Land aufgebracht - sind deshalb um so höher zu veranschlagen. Sie haben die gegenwärtige Dynamik des Strukturwandels in wesentlichem Maße mitbeeinflusst.

Weitere tiefgreifende Fortschritte auf dem Weg zur Gesundung der regionalen Wirtschaftsstruktur bedürfen aber auch einer grundsätzlichen Neuordnung der regionalen Wirtschaftsförderung auf Bundesebene. Insbesondere müssen die entsprechenden finanziellen Ausgleichsmechanismen deutlich verbessert werden.

Die saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern eine erhebliche Ausweitung der für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Sie werden sich dafür einsetzen, daß statt kurzfristiger Sonderprogramme ein mittelfristig abgesichertes Fördervolumen zur Verfügung gestellt wird. Sie fordern darüber hinaus eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs im Rahmen einer Reform der Finanzverfassung, die die Erfüllung des

Grundgesetzauftrages zur "Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" gestattet.

Neuer Ansatz in der regionalen Wirtschaftsförderung: Die Handlungsmöglichkeiten wurden trotz schwieriger Rahmenbedingungen erweitert

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Saar haben in den letzten Jahren neue Wege in der regionalen Wirtschaftsförderung beschritten. Dafür waren die folgenden Gründe verantwortlich:

- Das Ausmaß der Strukturprobleme erforderte die Konzentration aller verfügbaren regionalen Kräfte zur Überwindung der Krise.
- Forderungen an den Bund, seiner verfassungsmäßigen Verantwortung zur Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse nachzukommen, blieben weitgehend ungehört. Das Saarland hatte keine Zeit, untätig auf einen möglichen Sinneswandel der Bundesregierung zu warten.
- Eine zukunftsweisende Regionalpolitik muß ohnedies - im Rahmen funktionierender finanzieller Ausgleichsmechanismen - stärker regionalisiert werden: Vor Ort sind die spezifischen Entwicklungseingänge und Entwicklungschancen einer Region besser zu erkennen.

Die SPD Saar versteht Regionalpolitik deshalb als eine umfassende regionale Entwicklungsstrategie. Sie schließt alle für die Zukunftsentwicklung des Landes strategisch wichtigen Bereiche ein. Sie konzentriert ihre Aktivitäten auf die Beseitigung wesentlicher Entwicklungspässe und die Profilierung vorhandener oder künftiger Standortvorteile.

Dies sind in besonderem Maße:

- Der Aufbau einer umfassenden Forschungsinfrastruktur im Saarland
- Die Stärkung eigenständiger unternehmerischer Potentiale
- Eine Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur der Zukunft
- Die Profilierung des Binnenmarktstandortes Saarland
- Die Schaffung eines effizienten Wirtschaftsfördermanagements
- Eine auf die Bedürfnisse der Region und ihres Strukturwandels abgestimmte Qualifizierungsoffensive
- Eine aktive Arbeitsmarktpolitik

An der Saar entsteht ein bedeutendes Forschungspotential

Forschung und Entwicklung sind wesentliche Standortvorteile für die künftige Wettbewerbsfähigkeit einer Region. Früheren Landesregierungen müssen in diesen Zusammenhang katastrophale Versäumnisse angelastet werden.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat hier rasch und erfolgreich gehandelt. An den Hochschulen des Saarlandes und in ihrem Umfeld entsteht zur Zeit eine bedeutende Forschungslandschaft. Sie wird die Möglichkeiten für einen innovationsorientierten Strukturwandel weiter deutlich verbessern. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Saarland werden damit neue, hochqualifizierte und zukunftssichere Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet.

Schwerpunkte sind die Informationswissenschaften, die neuen Materialien, die Medizintechnik und die Umweltwissenschaften.

Mit Hilfe des Landes ist es gelungen, eine Reihe bedeutsamer Forschungseinrichtungen im Saarland anzusiedeln bzw. zu gründen.

Dazu zählen das Max-Planck-Institut für Informatik, das Deutsche Zentrum für Künstliche Intelligenz (zusammen mit Kaiserslautern), das Internationale Forschungs- und Begegnungszentrum für Informatik, das Institut für Neue Materialien, die Hauptabteilung Medizintech-

nik der Fraunhofer-Gesellschaft und das Zentrum für Umweltwissenschaften an der Universität des Saarlandes.

Saarländische Forschung genießt in diesen Bereichen zum Teil bereits heute ein internationales Renomé.

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurden die Voraussetzungen für den Ausbau der Forschungslandschaft entscheidend verbessert. Seine Einbindung in den Strukturwandel an der Saar war Ziel weiterer Maßnahmen:

Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang

- die Investitionen im Bereich von Hochschule, Forschung und Lehre massiv erhöht,
- wichtige Grundlagen für den Wissens- und Technologietransfer aus saarländischen Forschungseinrichtungen in die saarländische Wirtschaft geschaffen,
- die Anstrengungen zur Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im Kontext neuer, hochtechnologischer Tätigkeitsfelder gezielt verstärkt.

Sozialdemokratische Politik an der Saar
wird in den kommenden Jahren

- den weiteren Aufbau der entstehenden Forschungslandschaft aktiv begleiten;
- die Instrumente dafür bereitstellen, daß Forschung und Entwicklung an den saarländischen Hochschulen und in ihrem Umfeld soweit wie möglich der Region und ihrem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Strukturwandel zugute kommt;
- die gesellschaftliche Verantwortung von Forschung und Entwicklung an der Saar stärken. Durch den Ausbau der Forschungslandschaft wird das Saarland in den kommenden Jahren erstmals über beachtliche Forschungspotentiale in Schlüsselbereichen der Hochtechnologie verfügen.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, die **Technologiefolgenabschätzung** in den betroffenen Forschungsbereichen sowie in Hochschuldisziplinen zu stärken, die über geeignete Verfahren zur Untersuchung sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Auswirkungen der neuen Technologien verfügen.

- die **grenzüberschreitende Verknüpfung** von Forschung, Entwicklung und Technologiepolitik im europäischen Standort Saar-Lor-Lux fördern.

Unternehmerische Initiative: Die eigenständigen Potentiale fördern und erweitern

Der Mangel an selbständigen unternehmerischen Einheiten im Lande hat die eigenständigen regionalen Entwicklungspotentiale der Saar-Wirtschaft bislang stark beschränkt.

Seit 1985 wurden diese Potentiale besonders gefördert:

- Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurde die Mittelstandsförderung zwischen 1986 und 1989 um 35 % gesteigert.

- Die Wirtschaftsförderung des Landes wurde mit mittelstandspolitischem Schwerpunkt neu geordnet und effektiviert. Hierzu zählen die Schaffung einer Mittelstandsabteilung beim Wirtschaftsminister, die Neustrukturierung der landeseigenen oder landesnahen Wirtschaftsförderungsgesellschaften mit dem Schwerpunkt einer gezielten Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die Ergänzung und Neustrukturierung des einschlägigen Förderinstrumentariums.

Schwerpunkte sind Beratung, Existenzgründung und Existenzfestigung, Erschließung von Gewerbeflächen, Markterschließung und Exportförderung, Innovationsförderung und Qualifizierungshilfen.

Die allgemeine Regionalförderung (Gemeinschaftsaufgabe) im Saarland ist mittlerweile sehr stark mittelstandsorientiert.

- Diese Instrumente müssen in den kommenden Jahren weiter gezielt ausgebaut werden. Nur so können insbesondere die zu erwartenden Spin-off-Effekte aus den neu geschaffenen Forschungskapazitäten dem Lande nutzbar gemacht werden.

Die vom Ministerpräsidenten im Jahre 1987 eingesetzte Sachverständigenkommission Forschung und Technologie erwartet hier in den nächsten Jahren einen "selbstzündenden Prozeß", der besonders der mittelständischen Wirtschaft zugute kommt. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird diesen Prozeß aktiv begleiten, um insbesondere die eigenständigen unternehmerischen Potentiale in hochtechnologischen und innovativen Wirtschaftsbereichen entscheidend zu erweitern.

Effizientes Fördermanagement

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat wesentliche Voraussetzungen zur problemorientierten Effektivierung der Wirtschaftsförderung an der Saar geschaffen.

Die Anforderungen an die regionale Wirtschaftsförderung werden aber auch in den nächsten Jahren weiter wachsen. Mangelnde finanzielle Möglichkeiten müssen

zunehmend durch "immaterielle Fördervorteile" ausgeglichen werden. Dazu zählt auch künftig die verstärkte Koordinierung der verschiedenen Förderinstrumentarien. Der Koordinierungsbedarf wächst zudem durch die in Zukunft stärker regional orientierten Lösungsstrategien zur Bewältigung regionaler Strukturkrisen.

Die SPD fordert deshalb die Schaffung eines einheitlichen, abgestimmten Wirtschaftsförderungsmanagements im Saarland. Dieses soll mehr als bisher die vorhandenen Einrichtungen problemorientiert vernetzen und gezielte Strategien zur Beseitigung der vorhandenen oder künftig entstehenden Engpässe entwickeln.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der (Wieder-)Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen, der Existenzgründung sowie der Innovationsförderung in saarländischen Unternehmen und Betrieben zu.

Bei der Ausweisung neuer Flächen entstehen unweigerlich Konflikte mit den Interessen des Umwelt- und Landschaftsschutzes. Ökologisch zu verantworten ist die Ausweisung neuer Gewerbeflächen nur dann, wenn sie einer Umweltverträglichkeitsprüfung standhält.

Infrastruktur der Zukunft

Die Bedeutung einer modernen **Infrastrukturpolitik** für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region wird in den kommenden Jahren wieder wachsen. Dies gilt insbesondere für Regionen wie das Saarland, die angesichts ihrer bisherigen Grenzlage und des gegenwärtigen Integrationsprozesses vor **völlig neuen Aufgaben** stehen werden. Das Saarland hat sich unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung bereits in den letzten Jahren um den gezielten Ausbau einer Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mit **europäischer Perspektive** bemüht.

Beim Fernstraßennetz wird dieses Ziel durch die Arrondierung des vorhandenen Netzes in den 90er Jahren erreicht werden.

Neue Aufgaben sind

- o die Schaffung einer **modernen Telekommunikationsinfrastruktur** mit grenzüberschreitender Perspektive;
- o die Einbindung des Saarlandes in das entstehende Netz für den europäischen **Schienenschnellverkehr**;
- o die verstärkte Kooperation im öffentlichen Personennahverkehr (VGS).

Die SPD Saar fordert den Anschluß des Saarlandes an das europäische Netz für Schienenschnellverkehr. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für den weitgehenden Neubau der Trasse Saarbrücken-Mannheim in den 90er Jahren zu schaffen, damit eine gleichwertige Betriebsführung gewährleistet ist.

Beim Neubau dieser Trasse müssen lokale Bedürfnisse des Natur- und Landschaftschutzes soweit wie möglich berücksichtigt werden. Die saarländische SPD fordert den Ausbau des Netzes für Schienenschnellverkehr vor allem auch aus ökologischen Gründen: Die gegenwärtigen Umwelt- und Klimagefährdungen werden zu einem erheblichen Teil durch den motorisierten Individualverkehr erzeugt. Seine Bedeutung muß in den kommenden Jahren zugunsten der Bahn beschränkt werden. Die Bahn muß auch gegenüber dem Flugverkehr konkurrenzfähig sein. Dies ist durch eine attraktivere Gestaltung des Bahnverkehrs möglich. In diesem Zusammenhang ist auch eine Verkürzung der Reisezeiten unumgänglich.

Eine wichtige Voraussetzung für den Schienenschnellverkehr stellt ein verbesserter öffentlicher Personennahverkehr dar. Die Verkehrsgemeinschaft Saar (VGS), die von Bund und Land finanziert wird, hat die Aufgabe,

- die Kooperation der einzelnen kommunalen, privaten und Bundesunternehmen zu verstärken;

- das Liniennetz entsprechend der Nachfragepotentiale fortzuentwickeln und
- ein dazu passendes, integriertes Tarifangebot zu schaffen.

Rückgrat der VGS wird die von der Deutschen Bundesbahn seit 1989 angebotene City-Bahn sein. Sie verbindet die Mittelzentren des Saarlandes in dichtem Takt untereinander und mit der Landeshauptstadt. Die Busunternehmen müssen ihre Fahrpläne Schritt für Schritt mit der City-Bahn verzahnen. Zusätzlich werden Busschnellverkehre (z.B. A 1) die City-Bahn auf geeigneten Linien ergänzen. Ziel dieser Planung ist es, der Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer ein attraktives, überörtliches Nahverkehrsangebot anzubieten, das von den vorhandenen kommunalen Busnetzen ergänzt wird. Ein solches Liniensystem wird ab 1990 schrittweise realisiert. Es ist nur gemeinsam mit einem landesweiten Tarifangebot sinnvoll. Das Tarifsysteem wird derzeit von der VGS im Rahmen ihres Marketingkonzeptes erarbeitet.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Beseitigung der Beschäftigungskrise ist und bleibt vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Politik an der Saar. Zentrale Politikbereiche - die neue Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik, Teile der Umweltpolitik, die Bildungs- und Forschungspolitik, die Ver-

kehrspolitik, aber auch die Kulturpolitik - sind in eine beschäftigungspolitische Gesamtstrategie eingebunden. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ergänzt diese Gesamtstrategie um wesentliche Instrumente.

Ausmaß und Art der Arbeitsmarktprobleme im Saarland machen bis weit in die 90er Jahre hinein besondere Anstrengungen notwendig: Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat deshalb die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik deutlich erhöht (von 6,9 Mio. DM 1985 auf jetzt 45,7 Mio. DM). Sie hat außerdem neue arbeitsmarktpolitische Instrumente geschaffen und eingesetzt.

Mit den entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Programmen wird statt Arbeitslosigkeit produktive Beschäftigung finanziert. Die Qualifikation der Betroffenen und ihre Motivation werden erhalten. Ihre Arbeit dient der Erfüllung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben vor allem in den Bereichen Soziales, Ökologie und Kultur. Beispielhaft sind hier für die Landesprogramme "Arbeit und Umwelt", "Arbeit und Kultur" sowie die Stahlstiftung Saarland.

Im Vordergrund sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik steht die Bekämpfung der Berufsnot spezifischer Gruppen sowie der Langzeitarbeitslosigkeit und ihrer Folgen.

Qualifizierungs- und Beschäftigungsge-
sellschaften werden problemorientiert
weiterentwickelt.

Die saarländischen Sozialdemokratinnen
und Sozialdemokraten fordern eine Auswei-
tung der regionalen Handlungsspielräume
in der Arbeitsmarktpolitik. Ziel ist es,
in Regionen mit langanhaltender Struktur-
krise und entsprechenden Beschäftigungs-
problemen eine verstärkte Förderung der
zukunftsorientierten Umstrukturierung zu
ermöglichen. Die Arbeitsmarktpolitik muß
integrierter Teil einer offensiven regio-
nalen Entwicklungsstrategie werden.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemo-
kraten werden auf die Rücknahme der 8.
und 9. Novelle des AFG drängen, um deren
arbeitsmarkt- und sozialpolitisch schäd-
liche Auswirkungen zu korrigieren. Die
Landesregierung wird im Bundesrat eine
Novellierung des AFG anstreben, damit
die arbeitsmarktpolitischen Instrumente
des Arbeitsförderungsgesetzes (Fortbil-
dung und Umschulung, Beschäftigungsmaß-
nahmen etc.) geschärft und der Bundesan-
stalt für Arbeit die erforderlichen
Mittel zur Verfügung gestellt werden.

2. Modernes Montan- und Energie-land Saar

Kohle und Stahl sind für das Saarland
nach wie vor von existenzieller Bedeu-
tung. Sie sind mehr als nur ein bedeuten-
der Wirtschaftszweig. Sie sind Teil der
saarländischen Identität. Das Land,

seine Geschichte und Kultur sind ohne Bergbau und Stahlindustrie nicht denkbar.

Stahl: Dauerkrise beseitigt - Sozialdemokraten haben der saarländischen Stahlindustrie wieder eine Zukunft eröffnet.

Früher als erwartet hat die sozialdemokratische Landesregierung das Hauptziel der laufenden Legislaturperiode erreicht: Die langjährige Stahlkrise an der Saar ist bewältigt. Stahl hat nach vier Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung an der Saar wieder eine Zukunft.

Bis 1985 war die Dauerkrise der saarländischen Stahlindustrie symptomatisch für die Krise des gesamten Landes. Erschreckende Perspektivlosigkeit und jahrelange Handlungsunfähigkeit im betroffenen Unternehmen wie bei den politisch Verantwortlichen haben das Land an den Rand des Ruins gebracht. Als Erblast bleibt aus dieser Zeit die katastrophale Verschuldung des Landeshaushaltes.

Für die saarländische SPD gab es zur Rettung der Stahlindustrie keine Alternative. Nach wie vor sind zehntausende von Arbeitsplätzen direkt oder indirekt vom Stahl abhängig. Die Stabilisierung der Beschäftigungsmöglichkeiten an der Saar wäre ohne die Stabilisierung der Stahlindustrie deshalb nicht möglich gewesen.

Trotzdem war auch bis zum Erfolg der Restrukturierung ein weiterer Arbeitsplatzabbau unumgänglich. Die Sozialdemokraten haben ihre Wählerinnen und Wähler vor der Landtagswahl 1985 über diese schmerzhaften, aber notwendigen Eingriffe nicht im Unklaren gelassen. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat die unumgänglichen Eingriffe durch soziale Maßnahmen begleitet. Sie hat ihrem Konzept eine deutlich sozialdemokratische Handschrift gegeben:

- Im Zusammenwirken mit den Beteiligten wurde bei den Sozialplänen eine soziale Staffelung zugunsten der Bezieherinnen und Bezieher kleinerer Einkommen vorgenommen.

- Mit der Stahlstiftung Saarland wurde ein neues und bundesweit einmaliges Instrumentarium geschaffen, welches die ausgeschiedenen Belegschaftsmitglieder nicht nur materiell und sozial betreut, sondern ihnen auch die Möglichkeit der Qualifizierung und Weiterbildung eröffnet.

Die 1985 vorgefundene Situation war äußerst kritisch: Der damaligen ARBED-Saarstahl drohte sowohl Überschuldungs- als auch Liquiditätskonkurs. Das alte Restrukturierungskonzept konnte dem Unternehmen keine Zukunft mehr eröffnen. Die Organe des Unternehmens waren handlungsunfähig. Die Eigentümerfunktion wurde von Arbed Luxemburg kaum mehr wahrgenommen. Der Bund weigerte sich, weitere

direkte Hilfen bereitzustellen. Die EG-Kommission wiederum machte die Entschuldung zur Vorbedingung der Genehmigung für die Genehmigung weiterer Hilfen.

In dieser für das Land dramatischen Situation hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung rasch gehandelt:

Neben der sozialverträglichen Gestaltung des unumgänglichen Kapazitätsabbaus wurde die Eigentümerfrage gelöst, die industrielle Lösung mit der Dillinger Hütte personell und sachlich konzipiert, die Entschuldungsfrage geregelt und nach der Weigerung des Bundes die Liquidität des Unternehmens vom Saarland alleine sichergestellt.

Im Juni 1989 konnte die industrielle Lösung durch die Zusammenführung der Saarlütten zu einem gemeinsamen, wirtschaftlich und finanziell verflochtenden Stahlkonzern erfolgreich abgeschlossen werden. Das Land hat sich noch einmal finanziell engagiert, um als Eigentümer mit einer Sperrminorität in den Organen des Konzerns so vertreten zu sein, daß die Interessen des Landes und der Belegschaften ausreichend gewahrt werden können. Daran werden die Sozialdemokraten an der Saar auch in Zukunft uneingeschränkt festhalten. In dem neuen Konzern wurde im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Montanmitbestimmung gesichert.

Die saarländische Stahlindustrie verfügt technisch über ein internationales Spitzenniveau. Sie braucht den internationalen Wettbewerb heute nicht mehr zu scheuen. Das neue Management und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Unternehmens werden in der Lage sein, die Unternehmensgruppe technisch und wirtschaftlich so weiter zu entwickeln, daß sie sich langfristig am Markt behaupten kann. Stahl hat an der Saar wieder eine gute Zukunft.

**Zukunftssicherheit für und durch Kohle -
Widerstand gegen das europäische Atomkartell**

Mit der gleichen Entschiedenheit wie für den Erhalt der Stahlindustrie tritt die SPD Saar für die Zukunftssicherung der saarländischen Kohle ein.

Nach dem Krieg hat die Kohle einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau Europas geleistet. Heute bildet sie die einzige jederzeit verfügbare Energiereserve der Gemeinschaft. Sie bildet die Grundlage für eine sichere Energieversorgung in der Phase des Übergangs zur umfassenden Nutzung regenerierbarer Energien. Sie ist - wie das Energiemodell Saar zeigt - offen für intelligente Konzepte zur Verringerung der Energieumwandlung und der rationellen Energieverwendung.

Sie ist daher unverzichtbar bei der Verwirklichung einer Energieversorgung, die die globalen Risiken der Atomenergie und der Klimakatastrophe zugleich zu vermeiden sucht.

Die Sicherung dieser europäischen Energiereserve ist eine **nationale Aufgabe**. Die saarländische SPD und die von ihr getragene Landesregierung sind seit 1985 jedem Versuch entschieden entgegengetreten, der heimischen Kohle die Existenzgrundlage zu entziehen.

Die Bundesregierung hat im gleichen Zeitraum die **Rahmenbedingungen** für die Verwirklichung einer alternativen, ökologisch verträglichen Energiewirtschaft in der Zukunft **drastisch verschlechtert**.

Die **Atomvorrangpolitik** wurde selbst nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl weiter forciert. Der Einsatz der Atomenergie bei der Stromerzeugung beträgt in der Bundesrepublik mittlerweile über 40 % (1980: 14 %).

Dies ging und geht weiterhin zu Lasten der heimischen Kohle.

Die Bundesregierung trägt damit Verantwortung für die Vernichtung von tausenden von Arbeitsplätzen im deutschen Bergbau.

Diese Politik wurde seit 1988 im Verein mit der europäischen Atomlobby weiter verschärft. Sie setzt die Zukunft Europas einem existenziellen Risiko aus:

- Eine weitere atomare Katastrophe in Europa wird immer wahrscheinlicher.
- Die einzige sichere Energiereserve Europas in der Übergangsphase zur Entwicklung neuer, regenerierbarer Energieformen würde vernichtet.

Die SPD Saar setzt dieser Politik weiter ihren entschiedenen Widerstand entgegen:

Sie kämpft bei der Stromerzeugung für die Einhaltung des geltenden Jahrhundertvertrages ohne Mengenkürzung und mit der gesetzlich garantierten Finanzierungsregelung. Neue Sonderlasten für die Bergbauländer werden abgelehnt. Eine langfristige Anschlußregelung zum Jahrhundertvertrag muß zügig vereinbart werden. Die Interessen der deutschen Steinkohle müssen von der Bundesregierung gegenüber der EG eindeutig abgesichert werden.

Die SPD Saar fordert den Ausstieg aus der Atomenergie.

Die Förderung regenerierbarer Energien muß drastisch ausgeweitet werden. Die SPD fordert die ökologische Besteuerung des Energieverbrauchs, um die Energieumwandlung entscheidend zu senken. Die durch die Energiebesteuerung erzielten Mehreinnahmen müssen aufkommensneutral zurückgegeben werden. Die Förderpolitik des Bundes muß die Entwicklung alternativer Energiekonzepte auf regionaler Ebene unterstützen. Mit einem neuen Energiege-

setz ist der rationelle Einsatz von Energie generell zu gewährleisten (z.B. Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung).

Im Rahmen ihrer regionalen Handlungsmöglichkeiten haben die saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Grundlage dafür geschaffen, daß der Kohle unter ökologischen und technologischen Gesichtspunkten eine Zukunft eröffnet wird.

Diese Politik erfährt auch in den kommenden Jahren eine konsequente Fortsetzung:

- Das Energiemodell Saar mit den Schwerpunkten ressourcensparende, umweltverträgliche und hochwertige Kohleverbrennungstechnik, Kraft-Wärme-Kopplung, Energieeinsparung und Förderung regenerierbarer Energien demonstriert die Vereinbarkeit von Energiegewinnung auf der Grundlage der heimischen Kohle und den Erfordernissen einer global verantwortlichen und ökologisch verträglichen Energiepolitik. Das Energiemodell wird weiter konsequent umgesetzt. Die Komponente Förderung regenerierbarer Energien wird verstärkt.

Das Wirtschaftsministerium wird zusammen mit den saarländischen Energieversorgungsunternehmen die Öffentlichkeitsarbeit bezüglich dem Einsatz regenerativer Energien und entsprechender Förderprogramme verstärken.

- In Zusammenarbeit und im Einvernehmen mit der Arbeitnehmerseite konnte die sozialdemokratische Landesregierung die von Bonn geforderte ersatzlose Schließung der Grube Camphausen verhindern. Durch eine Realisierung des "Verbundbergwerkes Ost" wurden die betreffenden Lagerstätten für eine spätere Förderung erhalten.
- Zukunft hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung der Kohle auch mit der Förderung innovativer Anwendungstechnologien eröffnet. Dies betrifft neben den erwähnten Umwelt- und ressourcenschonenden Verbrennungstechniken und den Techniken der Energieeinsparung besonders die Rauchgasreinigung, die Wiederverwertung von Reststoffen, die energetische Verwertung von Klärschlämmen und die Nutzung von Grubenmethangas.

3. Saarland: Standort im Binnenmarkt Europas

In Europa stehen umfassende Veränderungen bevor.

Die Verwirklichung des "europäischen Binnenmarktes" bis zum Beginn der 90er Jahre wird eine tiefgreifende Umwälzung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse auf unserem Kontinent mit sich bringen.

Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa erheben Anspruch auf die Gestaltung dieser historischen Veränderungen: Ihre Geschichte ist die Geschichte der sozialen Ausgestaltung des technischen, industriellen und wirtschaftlichen Fortschritts, den Europa seit mehr als 100 Jahren erlebt hat. Seit dieser Zeit gilt: Nur wenn die Früchte dieses Fortschritts breiten Bevölkerungsschichten zugute kommen, hat der technische und ökologische Fortschritt überhaupt eine Zukunft.

Dies gilt auch für den Binnenmarkt: Ökonomischer, technischer und sozialer Fortschritt sowie die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen müssen gleichzeitig und gleichrangig erreicht werden. Ein Europa des sozialen und ökologischen Fortschritts ist Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg des vollendeten gemeinsamen Marktes in Europa.

Die saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine große europäische Tradition: Für diese Tradition steht die Utopie Max Brauns, die er angesichts der faschistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und des bevorstehenden Abstimmungskampfes an der Saar im Jahr 1933 formulierte:

"Kampf um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit für eine freie Saar als eines der Unterpfeiler für ein späteres neues, freies, sozialistisches Deutschland und ein durch Frankreich und Deutschland geeintes Europa."

Im Bewußtsein dieser großen Tradition hat die SPD Saar seit der Regierungsübernahme im Jahr 1985 die europäische Rolle des Saarlandes gezielt ausgebaut:

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat frühzeitig die Weichen für eine aktive Begleitung des gegenwärtigen Integrationsprozesses in Europa gestellt. Sie hat als erste die Präsenz des Landes bei EG-Stellen durch ein Informations- und Beratungsbüro verstärkt. Seit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahre 1987 ist die Politik des Landes auf das Ziel einer offensiven Vorbereitung auf den künftigen Markt ausgerichtet worden.

Die saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erwarten, daß die Schaffung des Binnenmarktes bis 1992/93 und der damit verbundene Wegfall der Grenzen die historische Benachteiligung der bisherigen Grenzregionen endgültig beseitigen wird. Sie sind der Überzeugung, daß eine Profilierung des künftigen Binnenmarktstandortes im Herzen der Europäischen Gemeinschaft vollständig nur in enger Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen in Frankreich und Luxemburg gelingen wird.

Entsprechend hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in den letzten Jahren die **Zusammenarbeit** mit dem Großherzogtum Luxemburg und der Region Lothringen intensiviert.

Die saarländische SPD wird in den kommenden Jahren die Bemühungen um eine enge Kooperation mit den Nachbarregionen weiter verstärken. Ziel ist die **gemeinsame Profilierung des Binnenmarktstandortes Saar-Lor-Lux** in den Schlüsselbereichen

- Optimierung der Infrastruktur (Straße, Schiene, Flugverkehr, Telekommunikation)
- Ausbau der grenzüberschreitenden Hochschul- und Forschungslandschaft
- gemeinsame Bildungs- und Qualifizierungsprojekte zur Ausbildung eines "europäischen" bzw. deutsch-französischen Arbeitsmarktes
- kulturelle Profilierung der Großregion an Mosel, Maas und Saar

Besondere Aufmerksamkeit widmet die sozialdemokratische Politik an der Saar der weiteren **Aufwertung der französischen Wirtschafts- und Kulturlandschaft** im Saarland. Sie bietet bereits heute eine hervorragende Basis für die

Profilierung des Landes als bevorzugter Standort für den Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen.

Saarland in Europa: Weltoffen und kulturvermittelnd

Das entstehende neue Europa erzeugt aber auch Ängste, Unsicherheiten und Abwehrhaltungen.

Bedeutsame wirtschaftliche, technologische und soziale Veränderungen sind abzusehen. Zahlreiche Branchen und Regionen in Europa werden erheblichen Anpassungsprozessen unterworfen sein.

Nationale, nationalistische Verhärtung, Fremdenhaß und Mißtrauen gegenüber anderen Kulturen waren jedoch stets die verkehrte Antwort auf soziale und wirtschaftliche Unsicherheiten.

Die nationalistische Rechte hat unser Land und Europa mehrfach in die Katastrophe gestürzt. Der wirtschaftliche, soziale, kulturelle und nicht zuletzt ökologische Einigungsprozeß in Europa bietet dagegen die Chance, die großartige Vielfalt der europäischen Kulturen zum Wohle des gesamten Kontinents zusammenzuführen, ohne daß deren nationale und regionale Identität dabei gefährdet wird.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften kommt dabei eine besondere Aufgabe zu:

- Sie sind aufgrund ihrer hundertjährigen internationalistischen Tradition prädestiniert, zugleich Einheit und Vielfalt zu gewährleisten. Diese Tradition verpflichtet sie aber auch, die notwendigen Gegenkräfte zu organisieren, wenn starke wirtschaftliche Kräfte versuchen, das neue Europa auf Kosten benachteiligter sozialer Gruppen und Regionen zu verwirklichen.

Dazu gehört die Verwirklichung einer Sozialcharta und die rechtliche Sicherung der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa auf einem hohen Mindestniveau.

- Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gefordert, die soziale Sicherheit jener Menschen zu gewährleisten, die auf der Schattenseite der gegenwärtigen Modernisierungsprozesse stehen.

Hier wird in den kommenden Jahren neben dem Nutzen von Chancen im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses einer der Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik im Saarland liegen.

Das Saarland hat aufgrund seiner leidvollen Geschichte und wegen seiner geographischen Lage ein besonders Interesse an einem offenen Austausch zwischen Menschen und Kulturen. Dem Land und seinen Nachbarregionen bietet sich in den kommenden Jahren die historische Chance, ihre jahrhundertealte kulturvermittelnde

Rolle in vollem Maße zurückzugewinnen. Dies wird auch neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen: Die wirtschaftliche Entfaltung des neuen Europas wird wesentlich von der Vermittlung kultureller Kompetenzen abhängen:

Sozialdemokratische Bildungs- und Kulturpolitik wird daher in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für den Erwerb solcher Kompetenzen erheblich ausweiten.

Dazu zählen die Intensivierung des Erwerbs von Fremdsprachen, die Vermittlung von Kenntnissen über andere europäische Länder, insbesondere das benachbarte Frankreich, der Auf- bzw. Ausbau von beruflichen Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit der Perspektive internationaler (und grenzüberschreitender) Tätigkeit sowie die Profilierung einer grenzübergreifenden Kulturpolitik.

II. Die neue Umweltpolitik: Regionale Verantwortung im Kampf gegen die ökologische Krise

Trotz eines gestiegenen Umweltbewußtseins und einer seit Jahren andauernden Debatte über eine Verbesserung des Umweltschutzes hat eine generelle Kurskorrektur der modernen Industriegesellschaften bislang nicht stattgefunden. Nach wie vor wird an Symptomen herumgewerkelt, werden einzelne Krisen und Katastrophen mehr schlecht als recht gemagt, liegt das Schwergewicht der Umweltpolitik eher auf nachträglicher Reparatur von bereits eingetretenen Umweltschäden als auf deren Vermeidung.

Ermöglicht und begünstigt wird diese Art des Wirtschaftens, die mittlerweile an die Substanz unserer Lebensgrundlagen, gesunder Boden, saubere Luft und sauberes Wasser geht, durch ein Steuer- und Abgabensystem, das die Kosten für die Zerstörung der Natur gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt.

Bereits in ihrem Regierungsprogramm 1985 hatte die SPD Saar die Forderung nach einem Sondervermögen "Arbeit und Umwelt" unterstützt, das aus steuerlichen Abgaben auf den Energieverbrauch finanziert werden sollte. Mit dem Hinweis auf die Selbstheilungskräfte des Marktes wurde ein solches Konzept stets von der konservativen Bundesregierung abgelehnt.

In diesem Programm für die 90er Jahre fordert die SPD Saar erneut einen ökologischen Umbau des Steuer- und Abgabensystems mit der Zielsetzung, Mittel freizusetzen für eine gezielte Reparatur bereits eingetretener Schäden und Anreize zu schaffen für eine Produktion, die Umweltbelastungen gar nicht erst entstehen läßt. Hier ist eindeutig der Bundesgesetzgeber gefordert.

Die saarländische SPD ist davon überzeugt, daß einschneidende Maßnahmen zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen von der Bevölkerung akzeptiert werden, wenn ihnen ein geschlossenes und durchdachtes Gesamtkonzept zugrunde liegt. Die SPD Saar unterstützt ausdrücklich das Konzept der SPD auf Bundesebene, das den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zum Ziel hat.

Die Erkenntnis, daß eine aktive Umweltpolitik für die ökologische und wirtschaftliche Zukunftssicherung des Landes unabdingbar ist, hat zu einer ressortübergreifenden Schwerpunktsetzung geführt. Die vorgefundenen organisatorischen und konzeptionellen Defizite wurden im Zusammenspiel aller Fachministerien systematisch aufgearbeitet:

- Organisatorisch ist das traditionelle Bauministerium in ein zeitgemäßes Umweltministerium umgestaltet worden. Durch personelle Verstärkung, eine umfassende Neuorganisation und die Verbesserung der apparativen Ausstat-

tung sind die saarländischen Umweltbehörden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu einer effektiven und schlagkräftigen Vollzugs- und Überwachungsbehörde auf hohem wissenschaftlichem und technischem Niveau geworden.

Der Umweltalarmplan für das Saarland wurde entscheidend verbessert.

Die Bekämpfung der Umweltkriminalität wurde intensiviert. Die Einrichtung von Sonderabteilungen bei Polizei und Staatsanwaltschaft hat zu einer Verfünffachung der Ermittlungsverfahren bei Umweltdelikten seit 1985 geführt.

- Konzeptionell hat die Landesregierung für alle Bereiche der Umweltpolitik grundlegende Programme vorgelegt und mit der systematischen Umsetzung begonnen. Die Abfallwirtschaft, einschließlich der Sonderabfallentsorgung, wurde gesetzlich neu geregelt. An weiteren Konzeptionen wurden vorgelegt: der Abwasserbeseitigungsplan, das Landschaftsprogramm, das Bodenschutzprogramm, die Richtlinien für eine naturnahe Land- und Forstwirtschaft, der Luftreinhalteplan, der Landesentwicklungsplan "Umwelt", die neue Landesbauordnung und die Novelle des Saarländischen Wassergesetzes.

Im "Saarländischen Aktionsprogramm Umweltschutz" sind alle Einzelmaßnahmen der saarländischen Umweltpolitik systematisch zusammengefaßt.

Auf der Grundlage der vorgelegten Programme und anknüpfend an die Erfolge der vergangenen Jahre steht für die SPD Saar für die nächste Legislaturperiode die weitere Umsetzung ihrer Vorstellungen im Vordergrund.

1. Lebensgrundlage Boden

Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Bodens als Lebensgrundlage für jedes menschliche, tierische und pflanzliche Leben ist eine **Schlüsselaufgabe der Umweltpolitik**. Der Boden ist Schadstofffilter und Wasserspeicher, Produktionsgrundlage für Land- und Forstwirtschaft, Rohstofflagerstätte sowie Standort für Siedlung, Wirtschaft und Verkehr. Boden ist grundsätzlich nicht vermehrbar, seine Regenerationsfähigkeit ist begrenzt.

Obwohl sich im Boden, der etwa 30 cm dicken Erdkrume, von der wir leben, alle Schadstoffe wiederfinden, die über die Atmosphäre, das Wasser, durch Abfallablagerungen, durch Düngung und Pflanzenbehandlung eingetragen werden, sind unsere Kenntnisse über das Zusammenwirken dieser Schadstoffe und ihrer langfristigen Auswirkungen noch völlig **unbefriedigend**. Es gibt kein eigenständiges rechtliches Instrumentarium für

den Bodenschutz. Ziel sozialdemokratischer Politik wird in den nächsten Jahren die Umsetzung der im **Bodenschutzprogramm** der Landesregierung zusammengefaßten Maßnahmen zum Schutz des Bodens in praktische Politik sein. Dazu gehört auch ein Maßnahmenpaket zum Rückbau von Bodenversiegelungen.

Die bereits angelaufene **Bestandsaufnahme des Zustandes saarländischer Böden** (z.B. Schwermetallkataster, Altablagerungskataster) muß in den nächsten Jahren intensiviert und systematisiert werden. Die SPD Saar wird sich dafür einsetzen, daß das Saarland als erstes Bundesland ein landesweites **Bodeninformationssystem** einrichtet. Mit Hilfe der in diesem Instrumentarium ermittelten Kenntnisse wird das Saarland neue gesetzliche und verwaltungsmäßige Initiativen zum Bodenschutz ergreifen.

2. Schutz des Wassers

Sicherung der Trinkwasserversorgung und Grundwasserschutz

Das Saarland hat ein **reiches, natürliches Angebot an Grundwasser**, das für die Trinkwasserversorgung genutzt werden kann. Ungefähr 40 % der Landesfläche sind Wassereinzugsgebiet. Die Einzugsgebiete liegen jedoch häufig in dicht besiedelten oder industriell und landwirtschaftlich genutzten Bereichen. Die **Qualität des Grundwassers** ist daher **ständig bedroht** durch Dünge- und Pflan-

zenschutzmittel, wassergefährdende Chemikalien, defekte Abwassereinleitungen und kontaminierte Industriestandorte.

Der Grundwasserschutz im Saarland wurde lange Zeit sträflich vernachlässigt. Die Ausweisung von Schutzgebieten kam nicht voran, eine landesweite Rahmenkonzeption für die Wasserversorgung fehlte.

- Die SPD-geführte Landesregierung hat die Ausweisung von Schutzgebieten vorangetrieben. Seit 1985 wurden 5 Gebiete förmlich festgesetzt, 17 förmliche Verfahren eingeleitet und teilweise abgeschlossen, 21 weitere Gebiete sind derzeit in Bearbeitung. Bis Mitte der 90er Jahre werden alle Wasserschutzgebiete ausgewiesen sein.
- Für den Vollzug und die Durchsetzung der Auflagen in den Schutzgebietsverordnungen werden die unteren Wasserbehörden personell verstärkt.
- Für die Überwachung des Grundwassers wurde gemeinsam mit den Wasserversorgungsunternehmen ein Grundwassergütemeßnetz entwickelt, das in seinen Grundzügen fertiggestellt ist. Durch die ständige Überwachung können rechtzeitig Beeinträchtigungen erkannt und schadensverhütende Maßnahmen eingeleitet werden. Die Ergebnisse der Messungen werden regelmäßig in einem Gewässergütebericht veröffentlicht.

- Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat den Entwurf eines neuen Wassergesetzes vorgelegt, der die Offenlegung der Wasserbücher vorsieht, die Anforderungen an den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen regelt, die Gewässerunterhaltung stärker ökologisch ausrichtet und die Position der freiwillig tätigen Bachpaten verstärken wird.

- Die Landesregierung hat in enger Abstimmung mit den Wasserversorgungsunternehmen mit den Arbeiten an einem ökologischen Gesamtkonzept zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung im Saarland begonnen.

Dieses Gesamtkonzept wird folgende wesentliche Elemente beinhalten:

- o Eine umfassende Darstellung der Grundwassersituation und der Gefährdungspotentiale,

- o ein Maßnahmenpaket zur Überwachung von Grund- und Trinkwasser,

- o ein Maßnahmenpaket zum Schutz des Grundwassers und erforderliche Sanierungsmaßnahmen,

- o ein Maßnahmenpaket zur Förderung des sparsamen Umgangs mit Grundwasser bei Industrie und Verbrauchern,

- o technische Konzeptionen zur optimalen Verteilung des Wassers,

- o die Grundlage für eine grundlegende Neuordnung der Wasserrechte unter ökologischen Gesichtspunkten.

Für die saarländische SPD ist die Wasserversorgung eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Das Landeskonzept soll die Kommunen und ihre Versorgungsunternehmen bei ihren Anstrengungen zum Grundwasserschutz unterstützen und die Sicherheit der Versorgung durch optimale Verbundlösungen erhöhen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird prüfen, ob und wie der Einbau von Regenwassersammel- und Brauchwassernutzsystemen bei landeseigenen Verwaltungs- und Wohngebäuden forciert werden kann.

Die Oberflächengewässer

Im Jahr 1985 waren nach der Gewässergütekarte für das Saarland 2/3 aller Flüsse und Bäche "kritisch belastet" bis "übermäßig verschmutzt". Insbesondere die Saar befand sich in einem bedrohlichen Zustand. Bei der Abwasserreinigung war das Saarland Schlußlicht unter allen Bundesländern. Der Bau von Kläranlagen stagnierte, bereitstehende Mittel wurden nicht verbaut, die Einleitsituation der Industrie war desolat, die Überwachung durch die Umweltbehörden lückenhaft.

- Die Reorganisation des Abwasserbeseitigungsverbandes und die Vorgaben des "Abwasserbeseitigungsplanes" haben zu einem sprunghaften Anstieg der Investitionen beim Bau von Kläranlagen und Hauptsammlern geführt. Wurden zwischen 1980 und 1984 Kläranlagen mit einer Reinigungsleistung von etwa 25.000 Einwohnergleichwerten installiert, erhöhte sich diese Zahl zwischen 1985 und 1989 auf etwa 450.000 EGW.

Die Investitionen in den Bau neuer Abwasseranlagen stieg von 40 Mio. DM im Jahr 1985 auf nunmehr über 100 Mio. DM jährlich. Neben dem Umwelteffekt haben diese Investitionen auf dem Bausektor zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen.

Trotz aller Anstrengungen wird es noch Jahre dauern, bis die saarländischen Oberflächengewässern wieder zu intakten Lebensadern der Natur werden.

Die saarländische SPD wird in der Regierungsverantwortung auf eine weitere Beschleunigung des Baus von Abwasseranlagen drängen. Dabei wird auch die Forderung an den Bund nach einem grenzüberschreitenden "Saar-Mosel-Programm" weiter auf der Tagesordnung bleiben.

- Parallel zu den überörtlichen Maßnahmen müssen die innerörtlichen Kanalnetze saniert werden. Die Ortskanalisationen zahlreicher Städte und Gemein-

den sind überaltert und unzulänglich. Die Landesregierung hat die Gemeinden bei Bestandserfassungen und bei der Sanierung von Kanälen in Wasserschutzgebieten unterstützt. Zur Reparatur und laufenden Instandhaltung sind stetige Investitionen der Gemeinden erforderlich.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine Neuorganisation der Finanzierungsregelung vorlegen, die eine zügige Sanierung und die langfristige Bestandserhaltung garantiert.

Nicht zu vermeidende Gebührenerhöhungen sind den Bürgerinnen und Bürgern nur verständlich zu machen, wenn die Gebühren auch tatsächlich vollständig und effektiv für die Abwasserreinigung verwandt werden.

- Die industriellen Einleitungen in saarländische Gewässer konnten in den letzten Jahren deutlich reduziert werden. Neue Wasserrechtsbescheide verpflichten die Unternehmen, ihre Einleitungen den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.

Eine neuerlassene Indirekt-Einleiterverordnung regelt die Genehmigungspflicht und die Überwachung der einzuhaltenden Auflagen.

Ein umfassendes Einleitkataster, das bislang für die Saar vorliegt, gibt einen genauen Überblick über die Einleitsituation.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird dieses Einleitkataster auch für die anderen Fließgewässer vorlegen und auf die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen drängen.

Durch eine Verschärfung der Überwachung und der Strafverfolgung wird die Gefahr illegaler Einleitungen drastisch verringert.

Die Verbesserung der Abwasserreinigung führt zu einer Vermehrung des Klärschlammes und der im Klärschlamm konzentrierten Schadstoffe. Auch hier gilt das Prinzip, daß die Vermeidung einer Belastung in jedem Falle einer nachträglichen Reinigung vorzuziehen ist. Durch intensive Beratung über die Möglichkeiten der Schadstoffvermeidung und durch politische Bemühungen zur Einschränkung des Einsatzes von wassergefährdenden Stoffen wird eine SPD-geführte Landesregierung auch im Gewässerschutz das Vorsorgeprinzip stärker durchsetzen.

3. Natur- und Landschaftsschutz

Das Saarland hat zahlreiche natürliche Voraussetzungen für eine attraktive Kulturlandschaft, in der sich Leben, Arbeiten und Freizeitgestaltung in und mit der Natur vereinbaren lassen. Ein Drittel des Landes ist mit Wald bedeckt, zahlreiche Flüsse und Bäche durchziehen das Land, die Landschaft ist reizvoll und abwechslungsreich.

Doch noch ist der Trend nicht gebrochen, daß heimische Pflanzen- und Tierarten schwinden und in ihrer Existenz bedroht sind. Der Landschaftsverbrauch hält nach wie vor an. Immer noch gehen dem Naturhaushalt weitere Flächen durch Besiedlung, Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten und zunehmend durch die Anlage von Freizeiteinrichtungen verloren.

Für die SPD Saar sind die zentralen Aufgaben des Naturschutzes deshalb nach wie vor:

- den Artenschwund zu stoppen,
- den Flächenverbrauch einzudämmen,
- naturnahe Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten und wieder herzustellen,
- unsere Kulturlandschaft zu pflegen und zu erhalten und
- langfristig 10 % bis 15 % der Fläche jeder Gemeinde für den Naturschutz zu sichern, um auf diese Weise ein landesweites Biotop-Verbundsystem zu schaffen.

Die Landesregierung hat zum Erreichen dieser Ziele eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet und erste Erfolge zu verzeichnen.

- Die Zahl der **Naturschutzgebiete** hat sich seit 1985 von 22 auf 50 erhöht, die Gesamtfläche hat sich mehr als vervierfacht.

- Der **ehrenamtliche Naturschutz** wurde gestärkt. Mehr Naturschutzbeauftragte wurden berufen, ihre Aus- und Weiterbildung wurde verbessert, die Betreuung von einzelnen Gewässerabschnitten durch Bachpaten wurde wesentlich aus-
geweitet und für die Arbeit von Naturschutzinitiativen und den Erwerb von schutzwürdigen Flächen wurden mehr Mittel bereitgestellt.

- Ein Förderprogramm zur **Renaturierung von Wasserläufen** wurde aufgelegt, das auf die naturnahe Umgestaltung technisch ausgebauter Wasserläufe und eine ökologisch orientierte Gewässerpflege abzielt. Durch die Renaturierung werden die Voraussetzungen für eine Wiederansiedlung von standorttypischen Lebensgemeinschaften geschaffen.

- Durch ein **Schutzprogramm für Saar-Alt-Arme** wurden im Zuge des Saarausbau entstandene wertvolle Altarme bzw. Altwasser- und Flachwasserzonen unter Schutz gestellt. Für die mit dem Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße bis nach nach Saarbrücken-Burbach verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft werden von der Bundeswasserstraßenverwaltung weitere Ausgleichsmaßnahmen gefordert.

- Auf der Grundlage einer landesweiten Kartierung der Flußauen wird ein **Auen-schutzprogramm** erarbeitet. Seit 1985 werden jährlich **Sonderprogramme** "Lebensimpulse für die Natur" aufgelegt.

- Die Landesregierung hat ein **Landschaftsprogramm** vorgelegt, in dem die überörtlichen Ziele und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zusammengefaßt sind. Mit diesem Programm und den darauf aufbauenden Landschaftsrahmenplänen bekommt der Naturschutz bei allen Planungen ein stärkeres Gewicht.

Für die nächste Legislaturperiode strebt die SPD eine grundlegende **Novellierung** des saarländischen Naturschutzgesetzes an.

4. Naturnahe Land- und Forstwirtschaft

Die saarländische SPD lehnt die derzeitige Agrarpolitik der EG und des Bundes grundsätzlich ab, weil sie einer **ökologisch verträglichen Landwirtschaft** zuwiderläuft. Diese Politik führt zu Überproduktion, sinnlosen Folgekosten und durch den Zwang zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktionsweise zu gefährlichen Belastungen von Boden und Grundwasser. Darüber hinaus gefährdet sie die Existenz der kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe.

Dem gegenüber vertritt die saarländische SPD eine Landwirtschaftspolitik, die sich an folgenden Zielsetzungen orientiert:

- Abkehr vom Trend zur Überproduktion,
- Umkehr des Trends zur weiteren Intensivierung landwirtschaftlicher Produktionsmethoden hin zu einer Arbeitsweise, die sich mit den Zielen des Natur- und Gewässerschutzes verbindet und
- Ablösung des produktionsverzerrenden und mit sinnlosen Folgekosten der Überproduktion verbundenen Marktstützungssystems durch ein System direkter Einkommenshilfen zur gezielten Sicherung bäuerlicher Familienbetriebe.

Die saarländische Landesregierung hat den ihr verbliebenden Handlungsspielraum zur Neuorientierung der saarländischen Landwirtschaftspolitik voll genutzt. Die Anpassung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und eigene Förderprogramme habe erste Ergebnisse gebracht:

- Die Ausgleichszulage nach dem "EG-Bergbauernprogramm" wird abweichend von den übrigen Bundesländern nach ökologischen und sozialen Maßstäben gewährt.

- Ein Landesprogramm für eine umweltfreundliche standortgerechte Landwirtschaft wurde aufgelegt. Im Rahmen dieses Programms werden Zuschüsse für besondere Leistungen der Landwirte auf freiwilliger Basis zugunsten des Umwelt- und Naturschutzes gezahlt.

- Zur Umstellung von herkömmlichen, umweltbelasteten Produktionsweisen auf alternative Methoden zahlt das Saarland als bisher einziges Bundesland und beispielgebend für das EG-Extensivierungsprogramm finanzielle Hilfen. Im Jahr 1984 gab es neun alternativwirtschaftende Betriebe, im Jahr 1988 schon 22.

- Flurbereinigungsverfahren werden besonders auf Natur- und Landschaftsschutz ausgerichtet (z.B. Anlage von Biotopen, Heckenanpflanzungen, naturnaher Wegeausbau, Renaturierung von Wasserläufen).

Die saarländische SPD wird ihren Handlungsspielraum im Land und ihre Einflußmöglichkeiten auf Bundes- und EG-Politik weiter nutzen zur Schaffung einer sozial- und umweltverträglichen Landwirtschaft.

Naturnahe Waldwirtschaft

In der Forstwirtschaft bekennt sich die saarländische SPD zum Konzept der naturnahen Waldwirtschaft. Dies bedeutet die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des

Waldes als Produzent des natürlichen Rohstoffes Holz, als wirksamer Regulatur des Wasser- und Klimahaushaltes, als Lebensraum einer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt, als naturnaher Erholungsbe- reich und als wichtiges Element des Landschaftsbildes.

Zur Umsetzung dieses Konzepts hat die Landesregierung folgende Maßnahmen einge- leitet:

- Der gesamte bewirtschaftete Staatswald des Saarlandes wird sukzessive in einen naturnahen baumartenreichen, nach Altersklassen gemischten und standortgerechten Wald umgebaut.
- Die Nutzung der Waldbestände soll weitgehend kahlschlagfrei betrieben werden.
- Die Naturverjüngung hat, wenn immer möglich, Vorrang vor der künstlichen Verjüngung. Solange im gegebenen Jagd- system eine wirksame Wildbestandsregu- lierung nicht gewährleistet werden kann, wird die Naturverjüngung des Waldes weitestgehend im Zaun ge- sichert.
- Im gesamten Staatswald werden keine wassergefährdenden Chemikalien einge- setzt.

Im Kampf gegen das Waldsterben kann die Forstwirtschaft nur flankierende Maßnahmen ergreifen zur Erhöhung der natürlichen Widerstandskraft des Waldes gegen äußere Streßfaktoren. Der wichtigste Beitrag zur Bekämpfung des Waldsterbens liegt für die SPD eindeutig in der Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft.

5. Die Luft ist im Saarland wieder sauberer

Die Belastung der Luft mit Schadstoffen aus Industrieanlagen, Haushalten und Verkehrsmitteln hat mittelbar und unmittelbar gravierende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, jedes tierische und pflanzliche Leben, die Zusammensetzung unserer Böden und, wie in zunehmend erschreckendem Ausmaß deutlich wird, auf die Schutz- und Filterfunktion der Erdatmosphäre.

Die saarländische SPD vertritt eine konsequente Luftreinhaltepolitik, die gleichermaßen Emissionsminderungen im direkten Lebensumfeld fordert als auch auf die globale Verminderung von Schadstoffen abzielt.

Für ihren Zuständigkeitsbereich hat die saarländische Landesregierung 1988 einen Luftreinhalteplan vorgelegt, der die Maßnahmen des Saarlandes zur Verringerung der Luftbelastung beschreibt:

- Luftüberwachung:

Voraussetzung für eine wirkungsvolle Luftreinhaltepolitik ist die ständige Überwachung der Luftqualität. Durch den konsequenten Ausbau des automatischen Immissionsmeßnetzes Saar - IMME-SA - und die Anschaffung eines mobilen Meßwagens verfügt das Saarland über ein vollständiges und hochmodernes Luftüberwachungssystem.

- Emissionsminderungsplan:

Der Minister für Umwelt, der Minister für Wirtschaft und die Betreiber der Kraftwerke haben im Vollzug der Großfeuerungsanlagenverordnung einen Emissionsminderungsplan vereinbart. Danach wird der Ausstoß an Stickoxyden bis 1991 um 80 % und von Schwefeldioxyd um 76 % verringert werden. Bis 1989 wurden erreicht: 46.000 Tonnen Schwefeldioxyd weniger (minus 73 %), 52.000 Stickoxyde weniger (minus 79 %).

- Nachrüstung von Altanlagen

Nach der verschärften TA-Luft von 1986 müssen im Saarland 122 Anlagen bis 1991 und 31 Anlagen bis 1994 saniert werden. Nach Durchführung der von Gewerbeaufsichtsamt angeordneten Maßnahmen wird sich allein der Staubausstoß dieser Betriebe um etwa 9.000 Tonnen im Jahr verringern.

- Emissionsverminderungen bei Hausbrand und Kleingewerbe

- **Ausbau der Fernwärme**

Durch die konsequente Nutzung industrieller Abwärme und der Kraft-Wärme-Kopplung für die Fernwärmeversorgung wird neben der Einsparung von Primärenergie auch die Luftsituation durch den Wegfall von Einzelheizungen entlastet.

Die saarländische SPD strebt einen weiteren Ausbau der Fernwärmenetze im Saarland und eine Komplettierung der Fernwärmeschiene Saar an.

- **Straßenverkehr**

Zu den Hauptverursachern der Luftbelastung gehört der Straßenverkehr. Eine wirksame Reduzierung ist im wesentlichen zu erreichen durch verbesserte Technologie der Fahrzeuge, Geschwindigkeitsbegrenzungen und den Ausbau des Angebots öffentlicher Verkehrsträger. Durch die Gründung der **Verkehrsgemeinschaft Saar (VGS)** ist ein erster Schritt zur **Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs im Saarland** getan.

Die kleinräumige Luftbelastung hat sich auch im Saarland spürbar verringert. Immer größere Bedeutung gewinnt dagegen der **Schutz der Erdatmosphäre**. Die SPD Saar hält deshalb Geschwindigkeitsbegrenzungen für unabdingbar (80 km/h für LKW und Busse, 120 km/h auf Autobahnen, 90 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in Wohngebieten). Diese Geschwindigkeitsbegrenzungen sind innerorts durch einen konsequenten Rückbau der Ortsdurchfahr-

ten baulich zu unterstützen. Flankierend hierzu ist ein Ausbau der Fahrradwege inner- und außerorts durchzuführen.

Darüber hinaus ist eine Luftschadstoffabgabe erforderlich, deren Höhe bei Großanlagen auch von der Abwärmenutzung abhängig gemacht wird.

6. Lärmbekämpfung

In fast allen Lebensbereichen wird der Mensch durch Lärm belästigt. Die gesundheitlichen Auswirkungen reichen von Konzentrationsstörungen bis hin zu krankhaften Veränderungen des zentralen und vegetativen Nervensystems. Besonders Kinder und Kleinkinder reagieren sehr empfindlich auf Lärm.

Im Saarland sind die wesentlichen Verursacher der Lärmbelastung der **Straßenverkehr** und der **militärische und zivile Flugbetrieb**.

Zur Verringerung des Verkehrslärms hat die Landesregierung ein umfangreiches **Lärmschutzprogramm** aufgelegt:

- Für den Bau von **Lärmschutzwänden** an saarländischen Straßen wurden seit 1985 mehr als 42 Mio. DM investiert. Die Belastung der Wohngebiete an den neuralgischen Punkten wurde erheblich vermindert.

- An besonders lärmintensiven Stellen wurde eine Herabsetzung der Geschwindigkeit angeordnet bis Lärmschutzwände installiert sind.
- Die Landesregierung hat auf zwei Versuchsstrecken einen geräuscharmen Fahrbahnbelag getestet. Der Lärmpegel konnte dadurch drastisch gesenkt werden. Wenn sich der Belag im Dauereinsatz bewährt, wird er auch an weiteren Straßenabschnitten eingesetzt.
- Zum Schutz vor Verkehrslärm in Wohngebieten hat das Saarland auf Bundesebene eine Initiative für eine Lärmschutzverordnung vorgelegt.

Die Lärmbelastung durch den zivilen Flugverkehr im Bereich des Flughafens Saarbrücken-Ensheim und der übrigen Flugplätze des Landes konnten durch entsprechende Anordnungen über Flugzeiten und An- und Abflugstrecken verringert werden.

Der Lärmterror durch militärische Tiefflüge besonders im nördlichen Saarland war in den letzten Jahren immer wieder Anlaß zu Vorstößen der SPD-Landtagsfraktion, der Landesregierung und zahlreichen Bürgerinitiativen bei der Bundesregierung. Bisläng blieben die Bemühungen weitgehend erfolglos.

Die saarländische SPD wird weiter gegen den Lärmterror durch militärische Übungsflüge kämpfen.

7. Abfallwirtschaft

Die Bewältigung der Abfallprodukte unserer Industrie und Konsumgesellschaft ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Ein **bundesweites Konzept** zur wirksamen Verringerung der Abfallberge fehlt völlig. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-regierte Landesregierung ein integriertes **Abfallwirtschaftskonzept** entwickelt, das streng an der Zielhierarchie Vermeidung, Verwertung und umweltverträgliche Ablagerung orientiert, die Entsorgung im eigenen Land langfristig sicherstellen soll.

Ziel ist eine Reduzierung des Hausmüllaufkommens um 30 %, ein Wert der flächendeckend bislang nirgends erreicht wurde, und Entsorgungssicherheit für die nächsten 20 Jahre.

Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle

Für diesen Bereich wurden mit dem **Abfallentsorgungsplan** und der Fortschreibung des **Landesentwicklungsplans "Umwelt"** die fachlichen und planerischen Voraussetzungen für eine umweltverträgliche Entsorgung geschaffen. Folgende dezentrale Maßnahmen wurden in Angriff genommen:

- Die **getrennte Erfassung** sortenreiner und sauberer Wertstoffe wird intensiviert durch die Verdichtung des Containernetzes für Glas und Papier auf

circa 600 Einwohner je Einheit. Damit verfügt das Saarland bundesweit über das dichteste Containernetz.

- Die Kompostierung "im eigenen Garten" wird gefördert. Wo dies aufgrund der Siedlungsstruktur nicht sinnvoll ist, ist eine getrennte Erfassung des Biomülls vorgesehen.
- Die saarländischen Kommunen sind verpflichtet, kommunale Kompostieranlagen für den Grünschnitt einzurichten. Mit finanzieller Unterstützung des Landes sind bislang 30 solcher Anlagen entstanden.
- Durch regelmäßige Sammlungen von Sondermüllkleinmengen wird der Hausmüll entgiftet.
- Der KABV ist zu einer flächendeckenden Abfallberatung verpflichtet.

Die saarländische SPD erwartet, daß der KABV die im Abfallgesetz geforderte Gebührenstaffelung zur weiteren Schaffung von Anreizen zur Müllvermeidung endlich in konkrete Konzepte umsetzt.

Trotz aller Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung kann auf Entsorgungsanlagen nicht verzichtet werden.

Die saarländische SPD unterstützt das Konzept der Landesregierung, wonach jeder Landkreis über eine moderne Entsorgungsanlage verfügen muß.

Die saarländische SPD wird darauf drängen, daß alle Anlagen nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und betrieben werden.

Sonderabfall

Die Sonderabfallentsorgung war im Saarland nicht geregelt und stellte ein ständiges Gefährdungspotential dar.

Mit der Gründung der SES als Mehrheitsgesellschaft des Landes wurde die Organisation der Sonderabfallentsorgung erstmals im Saarland gesetzlich geregelt. Mit dem gesetzlich verankerten Anschluß- und Benutzungszwang für die Beseitigung von Sonderabfällen hat die SES die Möglichkeit der lückenlosen Kontrolle über die ordnungsgemäße Entsorgung.

Die SES prüft derzeit den Bau einer Sonderabfalldeponie in Eft-Hellendorf.

Bei geologischer und hydrogeologischer Eignung dieses Standortes wird sich eine SPD-geführte Landesregierung darum bemühen, daß in Eft-Hellendorf eine Modellanlage nach den Vorschriften der TA-Abfall mit finanzieller Unterstützung des Bundes gebaut wird.

Weiterhin wird die SPD Saar darauf drängen, daß die SES ihren gesetzlichen Auftrag zur Beratung der Sonderabfall-

zeuger erfüllt und die anfallenden Sonderabfallmengen dadurch reduziert werden.

Die saarländische SPD hält dieses Konzept umweltpolitisch für erforderlich, um Umweltgefahren auch für die Zukunft zu vermeiden und wirtschaftspolitisch für sinnvoll, weil eine geordnete und umweltgerechte Entsorgung angesichts der überall drohenden Engpässe zunehmend zu einem bedeutenden Standortfaktor wird.

8. Altlastensanierung und Revitalisierung von Industriebranchen

Die Belastung des Bodens durch Altlasten ist als Problembereich der Umweltpolitik erst spät erkannt worden. Dabei bedeuten ehemalige wilde Müllkippen, Ablagerungen von industriellen Abfällen und brachgefallene Industriestandorte ein ständiges Gefahrenpotential für die menschliche Gesundheit und die Umwelt.

Darüber hinaus stellt die Belastung von ehemaligen Industrieflächen häufig ein großes Hindernis für eine städtebaulich sinnvolle und wirtschaftspolitisch notwendige Wiedernutzung dar.

Im dicht besiedelten Saarland hat die Montanindustrie zu besonderen Belastungen geführt, deren Beseitigung heute bei der Bewältigung des Strukturwandels eine zentrale Rolle spielt.

Wichtige Voraussetzungen zur Bewältigung dieser Zukunftsaufgabe sind geschaffen:

- Die genaue Kenntnis von Anzahl und Gefährdungspotential von altlastverdächtigen Flächen ist wesentliche Voraussetzung für eine zielgerichtete, nach Prioritäten geordnete Sanierung und Überwachung. Die Landesregierung hat ein landesweites Altlastenkataster erstellt, das die Grundlage für weitere Maßnahmen nach Prioritäten geordnet bietet.

Mit der Erstellung eines landesweiten Katasters über kontaminationsverdächtige Industrie- und Gewerbestandorte ist begonnen worden.

- Über das Gefährdungspotential der Halden der eisenschaffenden Industrie wurde ein umfangreiches Haldengutachten vorgelegt. Die saarländische Stahlindustrie ist aufgefordert, in enger Abstimmung mit den Umweltbehörden die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen für die stillgelegten und noch in Betrieb befindlichen Deponien vorzunehmen.
- Mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes führt der Stadtverband Saarbrücken ein umfangreiches Forschungsvorhaben "Handlungsmodell zur Abschätzung und Abwehr der Gefahren aus den Altlasten einer Region" durch. Das Saarland erhofft sich von

diesem Vorhaben wichtige neue Erkenntnisse für die Bewertung und Sanierung seiner Altlasten.

- Die im Zuge der Restrukturierung der Stahlindustrie durch die Stilllegung von Produktionsstätten entstandenen großen, in zentraler städtebaulicher Lage befindlichen Industriebrachen in Völklingen, Saarbrücken-Burbach und Neunkirchen sind inzwischen mit erheblichem Aufwand untersucht worden. Teile des ehemaligen Neunkircher Eisenwerksgeländes werden mittlerweile wieder genutzt und ermöglichen einen tiefgreifenden Strukturwandel der Stadt.

Prinzipiell hält die saarländische SPD auch bei der Altlastensanierung am Verursacherprinzip fest. Wie die bisherigen Erfahrungen jedoch gezeigt haben, ist in vielen Fällen ein Verursacher nicht mehr zur Verantwortung zu ziehen. Die Altlastensanierung wird dann zu einer öffentlichen Aufgabe.

Die saarländische SPD fordert nach wie vor eine bundesweite Finanzierungsregelung.

Bis die Bundesregierung auf diesem Feld ihrer Verantwortung gerecht wird, muß das Saarland eigenständige Zwischenlösungen entwickeln.

Die saarländische SPD erwägt die Gründung einer saarländischen Altlastensanierungsgesellschaft, um eine zügige, wirtschaftlich und technisch vertretbare Abwicklung der jetzt schon bekannten und zukünftig hinzukommenden Sanierungsfälle zu erreichen.

Wesentliche Aufgabe der Gesellschaft ist das Projektmanagement von Sanierungs- und Revitalisierungsmaßnahmen in enger Kooperation mit den Kommunen und die Einwerbung von Fördermitteln.

Darüber hinaus ist die Entwicklung und der praktische Einsatz eigener Sanierungstechniken in enger Zusammenarbeit mit den saarländischen Forschungseinrichtungen und der saarländischen Wirtschaft erforderlich. Das Saarland muß auch über zentrale oder mobil einsetzbare Anlagen zur Behandlung von kontaminierten Böden verfügen. Die Konzentration von Know-how auf diesem zukunftssträchtigen Gebiet eröffnet der saarländischen Wirtschaft neue Betätigungsfelder und hilft bei der Erschließung neuer Märkte.

Die saarländische SPD folgt auch den Empfehlungen der Sachverständigenkommission Forschung und Technologie, die Altlastensanierung zu einem zweiten Schwerpunkt der saarländischen Forschungs- und Technologiepolitik zu machen.

Für die saarländische SPD hat die **Wiedernutzung** von brachgefallenen Industrieflächen **Vorrang** vor der Ausweisung neuer Industrie- und Gewerbegebiete in freier Landschaft. Zur Befriedigung des akuten Flächenbedarfs sind deshalb rasche Lösungen erforderlich.

9. Lebens- und Freizeitqualität durch Stadt- und Dorferneuerung

Die Städte und Gemeinden des Saarlandes sind attraktiver geworden. Behutsame Sanierungsmaßnahmen, die an die sozialen, historischen und wirtschaftlichen Traditionen anknüpfen und gleichzeitig neue Zukunftsperspektiven eröffnen, fördern die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem unmittelbarem Lebensumfeld und sind Ausdruck des Selbstbehauptungswillens einer Region im Umbruch.

Für die saarländische SPD ist die Stadt- und Dorferneuerung integraler Bestandteil ihres Konzepts des ökologischen Umbaus.

Ökologische Stadt- und Dorferneuerung ist mehr als die Neugestaltung von Fassaden. Sie umfaßt auch folgende Zielsetzungen:

- die Versiegelung des Bodens und die Zerstörung von Grünflächen, vor allem in dichtbesiedelten Gebieten, zurück-

zudrängen und durch die Anlage von Grünflächen zur Verbesserung des Kleinklimas zu ersetzen,

- die Schadstoff- und Lärmbelastung sowie die Gefährdung durch den Kraftfahrzeugverkehr durch Stadt- und Verkehrsplanung abzubauen,
- die verschiedenen Nutzungen wie Wohnen, Gewerbe, Verkehr, Sport und Freizeit einander so zuzuordnen, daß gegenseitige Beeinträchtigungen nach Möglichkeit vermieden werden,
- energiebewußtes Bauen und die Nutzung von schadstoffarmen und regenerierbaren Energien zu fördern.

Über die Bereitstellung von Flächen und technischer Infrastruktur hinaus werden zunehmend der städtebauliche Rahmen, das Umfeld, die Umgebungsqualität des Standortes und der allgemeine Wohn- und Freizeitwert einer Region zu bestimmenden Standortfaktoren für wirtschaftliche Betätigung. Diese sogenannten "weichen Standortfaktoren" haben für den strukturellen Wandel des Saarlandes eine zentrale Bedeutung.

10. Forschung und Entwicklung im Dienst der Umwelt

Die vielfältigen Probleme im gesamten Bereich des Umweltschutzes, z.B. die Frage des Zusammenwirkens und der langfristigen Wirkungen von Schadstoffen im

Boden, bedürfen noch intensiver Forschungen. In anderen Bereichen, wie der Altlastensanierung, sind neue technische Anwendungen gefordert.

Auf beiden Feldern, der Grundlagenforschung und der angewandten Entwicklung, sieht die saarländische SPD gute Zukunftschancen für die Beschleunigung des Strukturwandels im Saarland. Die Umweltforschung wird als Schwerpunkt saarländischer Forschungspolitik und Technologieförderung weiter ausgebaut werden.

- Das Forschungs- und Technologieprogramm zur "Förderung der Entwicklung und Einführung technologisch neuer Produkte und Verfahren" zielt auf die Stärkung der Innovationsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen ab. Die bisher über 60 geförderten Projekte beschäftigen sich zu einem großen Teil mit umwelttechnischen Vorhaben und zielen auf umweltverträgliche Verfahren und Produkte ab.

Die saarländische SPD fordert die Weiterführung dieses Programms und als flankierende Maßnahme ein Markteinführungsprogramm für umwelttechnische Verfahren.

- Das Zentrum für Umweltforschung in Dudweiler ist mit seinem Ansatz der fachübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit auf dem Weg zu einem

der führenden Forschungszentren für
Technologiefolgenabschätzung in der
Bundesrepublik.

- Das neugegründete Institut für industrielle Reststoff- und Abfallwirtschaft konzentriert sich auf die Entwicklung technischer Möglichkeiten und Verfahren zur Vermeidung, Reduzierung und Wiederverwertung von industriellen Reststoffen.

Diesem Institut liegt die Philosophie einer grundlegenden Umorientierung der Umweltpolitik von der Nachsorge zur Schadens- und Problemvermeidung zugrunde. Mit der Einrichtung dieses Instituts - das erste dieser Art in der Bundesrepublik - hat das Saarland eine Chance, im breiten Spektrum der Umwelttechnik Marktlücken zu besetzen und sowohl von der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses als auch von der Qualität der Verfahren und Entwicklungen neue Maßstäbe im Bereich der Abfallwirtschaft zu setzen.

- Das Institut für Umweltinformatik an der Fachhochschule des Saarlandes sieht seine Chance in der zunehmenden Bedeutung des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung bei der Bewältigung von Umweltproblemen. Das Institut entwickelt praxisnahe Konzepte für die Sammlung und Aufbereitung von Um-

weltinformationen in leistungsfähigen Datenverarbeitungssystemen für Behörden, Büros und Betriebe.

Die Bewerbung des Saarlandes als Sitz für die zukünftige Europäische Umweltaгентur ist durch dieses Umfeld gut begründet.

III. Eine neue Kultur des Zusammenlebens in der solidarischen und offenen Gesellschaft

1. Frauen und Männer müssen gleichberechtigt sein

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist Grundbedingung für eine freie und solidarische Gesellschaft. Politik und staatliches Handeln können den langfristigen Prozeß gesellschaftlicher Emanzipation nur in Teilbereichen direkt beeinflussen. Sie können für den öffentlichen Dienst Vorbildfunktion übernehmen, die Zugangsmöglichkeiten zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt durch die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente fördern. Sie können begrenzt den gesellschaftlichen Bewußtseinswandel unterstützen, der für den Erfolg der Gleichstellung unverzichtbar ist.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat durch die verpflichtende Einführung der Quotenregelung eine Vorreiterrolle im politischen System der Bundesrepublik übernommen.

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurden im Saarland erstmals die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß vorhandene Spielräume zur Förderung der Gleichberechtigung genutzt und neue Spielräume erschlossen werden können.

Im eigenen Bereich: Der öffentliche Dienst hat Vorbildfunktion

- Unmittelbar nach dem Regierungswechsel wurde beim Ministerpräsidenten die Leitstelle zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen geschaffen.
- Bereits 1986 hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung Richtlinien zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst erlassen. Erstmals wurden verstärkt Leitungspositionen mit Frauen besetzt und sogenannte traditionelle Männerberufe für Frauen geöffnet.
- Im Frühjahr 1989 hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung ein Gesetz zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst verabschiedet, das ihnen bei gleicher Qualifikation eine Mindestquote bei Einstellungen und Beförderungen garantiert.
- In weiteren gesetzlichen Regelungen wurde die angemessenen Vertretung von Frauen bzw. Fraueninteressen sichergestellt, so im Personalvertretungsgesetz und im Universitätsgesetz.

Gleiche Teilhabe an gesellschaftlichen Aufgaben

Vollständig wird die Gleichberechtigung von Frauen und Männern erst möglich sein, wenn die gleichgewichtige Teilhabe an zentralen gesellschaftlichen Aufgaben sichergestellt ist.

- Für Frauen muß der gleichberechtigte Zugang zur Arbeitswelt ermöglicht werden.
- Gefordert ist heute auch eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes und eine Neubewertung der gesellschaftlich notwendigen, aber nicht bezahlten Arbeit.

Sozialdemokratische Politik an der Saar hat diesen Erfordernissen in den letzten Jahren im Rahmen ihrer Möglichkeiten Rechnung getragen:

- Durch spezielle Mädchenprogramme wurden die Zugangschancen für junge Frauen im Bereich der Ausbildung generell und im Hinblick auf bisher von Männern dominierte Ausbildungsberufe erweitert.
- Durch Modellprojekte wurde die Wiedereingliederung von Frauen nach der sogenannten Familienphase gefördert.

- Von der positiven Entwicklung der Beschäftigung im Saarland haben in den letzten Jahren Frauen überdurchschnittlich profitiert.
- Durch die Erhöhung von Mitteln für Kinderkrippen, die Verdoppelung der Haushaltsmittel für Kindergartenplätze und der Kinderbetreuungskosten bei Frauen in beruflichen Wiedereingliederungsmaßnahmen sowie die erstmalige Einrichtung einer Grundschule und einer Gesamtschule als Ganztagsbetrieb wurden die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben im Saarland verbessert.

Schlüsselproblem: Bewußtseinswandel

Die Gewährleistung von Gleichberechtigung ist ein gesellschaftlicher Prozeß. Politisches Handeln kann die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung gesellschaftlicher Emanzipationsansprüche verbessern. Es kann diesen Prozeß selbst jedoch nicht ersetzen.

Ziel ist es, Vorurteile und diskriminierende Rollenzuschreibungen abzubauen. Das Bewußtsein von der Berechtigung und Notwendigkeit dieses Emanzipationsprozesses muß sich gesellschaftlich weiter durchsetzen.

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Regierungsverantwortung haben in den letzten Jahren insbesondere im Bildungs- und Jugendpflegebereich die Voraussetzungen für diesen Bewußtseinswandel verbessert:

- In Zusammenarbeit mit Schulbuchverlagen soll künftig sichergestellt werden, daß Schulbücher und Lehrwerke im Hinblick auf die Beseitigung überkommener Rollenklischees überarbeitet werden. Eine entsprechende Analyse hat die vom saarländischen Kultusminister eingerichtete Kommission "Rollenklischees in Schulbüchern" erarbeitet.

- Im Bereich des Jugendamtes wurde die Funktion von Beauftragten für Mädchenangelegenheiten eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, in der außerschulischen Jugendarbeit durch spezielle Mädchenprogramme das Bewußtsein für die Gleichstellung der Geschlechter zu stärken.

Zukunftsprojekte

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik an der Saar wird in den kommenden Jahren **spezielle Aktionsprogramme** für alle wesentlichen Politikbereiche umsetzen.

Eine zentrale Rolle kommt dabei der Bildungs-, Hochschul- und Kulturpolitik zu.

Dies gilt im Hinblick auf

- die Änderung des gesellschaftlichen Bewußtseins,
- die Sicherung von Chancengleichheit und
- die Schaffung von Instrumenten und Strukturen im Bildungssystem, die die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in der Gesellschaft unterstützen.

Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören:

- o die zügige Umsetzung des neuen Kinderkrippen- und Kinderhortgesetzes durch verstärkte Bereitstellung von Plätzen und Kinderkrippen und Kindergärten und Flexibilisierung der Öffnungszeiten,
- o das gesamte Schulsystem im Hinblick auf die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Lehrmaterialien, -inhalte und -methoden, die Schaffung zusätzlicher Ganztageeinrichtungen im Grundschulbereich und in der Sekundarstufe I und Ausbau der Betreuungsangebote für alle Schulformen bis zur Erreichung eines flächendeckenden Angebotes von Ganztagschulen.
- o verstärkte Möglichkeiten der Teilzeitarbeit in Schule und Hochschule;

- o Mädchen- und Frauenförderung in der beruflichen Ausbildung wie im Hochschulbereich mit dem Ziel gleichberechtigter Teilhabe an allen Ausbildungs- und Forschungsbereichen sowie in der Weiterbildung;
- o Frauenförderung in der Kulturpolitik.

Für die saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht die Hilfe und Beratung von Frauen in Schwangerschaftskonflikten im Vordergrund. Die SPD Saar wird sich daher auch in Zukunft dafür einsetzen, daß die Arbeit der Familienberatungsstellen finanziell abgesichert wird.

2. Zukunftsressource Kultur

Kultur ist Teil des kreativen und innovativen Potentials einer Region. Kaum ein zweiter Bereich kann den allgemeinen Aufbruch in der Region besser symbolisieren und repräsentieren als ihr künstlerisches Schaffen.

Das Saarland hat in den letzten Jahren einen kulturellen Aufschwung genommen. Dieser Prozeß hat eine breite gesellschaftliche Basis. Er wird von der Eigeninitiative zahlreicher Künstlerinnen und Künstler, privater Gruppen und Einrichtungen, vor allem aber auch durch die kulturpolitische Initiative saarländischer Städte und Gemeinden getragen.

Er erstreckt sich auf die unterschiedlichsten Ausdrucksformen künstlerischen Wirkens. Das seit 1986 unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung gestaltete Kulturprogramm "Saarländischer Sommer" gibt einen eindrucksvollen Überblick. Das Programm wird in den kommenden Jahren durch neue Akzente und Höhepunktveranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung weiter entwickelt.

Eine Reihe innovativer Kulturereignisse in den Bereichen Film, Musik und Theater haben das Land mittlerweile auch über seine Grenzen hinaus kulturpolitisch profiliert.

Sozialdemokratische Kulturpolitik an der Saar wird in den kommenden Jahren die folgenden Schwerpunkte setzen:

- Förderung von Qualität und Breite künstlerischen Wirkens in der Region: Ihr dient die Schaffung der Hochschule der Bildenden Künste an der Saar, der Ausbau der Musikhochschule sowie die Schaffung des Künstlerhauses.

- Die Rekonstruktion des historischen Erbes der Region und seiner Bewahrung im Rahmen von Forschung, Publikationen, Denkmalpflege und dem Auf- bzw. Ausbau von Museen. Die saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für die Schaffung eines historischen Landesmuseums ein. Neben der Vormoderne soll dieses insbesondere

re Schwerpunkte im Bereich der saarländischen Industrie- und Sozialgeschichte setzen. Dabei soll ein dezentrales Konzept unter Einbeziehung örtlicher Kulturdenkmäler sowie mit grenzüberschreitender Perspektive verwirklicht werden.

- Das Saarland gehört historisch einer grenzüberschreitenden Kulturregion an. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß das gemeinsame kulturhistorische Erbe zusammen mit den Nachbarn in Frankreich und Luxemburg für die kulturpolitische Profilierung der Großregion genutzt wird.

Dies ist eine der Grundlagen für die Verstärkung der kulturvermittelnden Rolle unserer bisherigen Grenzregionen im neuen Europa.

Saarländische Kulturpolitik ist bereits seit geraumer Zeit diesem Ziel verpflichtet:

- o Die innovativen Kulturereignisse im Saarland sind in der Regel grenzüberschreitend bzw. kulturvermittelnd konzipiert ("Perspectives du Théâtre", Festival Chanson, Saarländischer Sommer etc.).
- o Die neue Hochschule der Bildenden Künste im Saarland wird eng mit Schwestereinrichtungen in Lothringen zusammenarbeiten.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden **künftig** die kulturvermittelnde Rolle des Saarlandes weiter ausbauen:

- o Ein hervorragendes Instrument hierfür ist die Ansiedlung des deutschen Sekretariats für den **Deutsch-Französischen Kulturrat** in Saarbrücken.
- o Durch die neu zu gründende Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit werden die deutsch-französischen Beziehungen zusammengefaßt und verstärkt. Eigene Akzente eröffnet ein ständiger deutsch-französischer Dialog über Fragen der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.
- o Mit den Nachbarregionen in Frankreich und Luxemburg wird eine entsprechende **Zusammenarbeit** intensiviert und **institutionalisiert**.

3. Soziale Verantwortung in einer solidarischen Gesellschaft

Sozialpolitik hat für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine **doppelte Aufgabe**. Sie soll den Einzelnen vor Not und Entwürdigung schützen und zugleich die Arbeits- und Lebensverhältnisse verbessern, soziale Gerechtigkeit verwirklichen und auf eine solidarische Gesellschaft hinarbeiten.

Die saarländische SPD lehnt das entso-
lidarisierende Gesellschaftskonzept
einer **Zweidrittelgesellschaft** ab, das
darauf hinausläuft, einen wesentlichen
Teil der Bevölkerung von der Teilnahme
am gesellschaftlichen Wohlstand auszu-
schließen und an den Rand des Existenzmi-
nimums zu drücken.

Ebenso lehnen die saarländischen Sozial-
demokratinnen und Sozialdemokraten alle
Bestrebungen ab, die Vorsorge für die
elementaren **Lebensrisiken** Krankheit,
Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mittel-
losigkeit im Alter wieder zu **privatisie-**
ren.

Dagegen unterstützt die saarländische
SPD das Konzept der "**sozialen Grundsiche-**
rung". Nach diesem Konzept sollen die
Rentenversicherung und die Bundesanstalt
für Arbeit neben ihrer Funktion als
Versicherung im Auftrag des Bundes auch
die Aufgabe übernehmen, im Falle nicht
ausreichender oder fehlender Versiche-
rungsleistungen durch zusätzliche Geld-
leistungen vor **Armut** zu schützen.

Die **Weiterentwicklung** und Neuorientie-
rung der Sozialpolitik muß sich auf neue
gesellschaftliche Tendenzen einstellen:

- In den Regionen mit hoher struktur-
bedingter Arbeitslosigkeit, wie das im
Saarland noch der Fall ist, nimmt der
Sockel der Langzeitarbeitslosen zu.

- Der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich erheblich verschieben. Der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird stark zunehmen.
- Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben nimmt zu, die Zahl Alleinerziehender wächst und die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewinnt angesichts des gesellschaftlichen Klimas eine neue Qualität.

Stützung der Hilfe zur Selbsthilfe

Im Saarland gibt es eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Betroffenen und vor allem zur Aktivierung von Eigeninitiative leisten. Für die saarländische SPD ist es eine wesentliche Aufgabe, die traditionelle Sozialpolitik und die Selbsthilfe stärker miteinander zu verzahnen. In der kooperativen Zusammenarbeit zwischen den Selbsthilfegruppen und den staatlichen Instanzen liegt eine große Chance, den Erfolg sozialstaatlicher Leistungen zu erhöhen, ihre Qualität zu verbessern und die Selbsthilfefähigkeit der Betroffenen weiterzuentwickeln.

Eine SPD-geführte Regierung wird deshalb die Selbsthilfebewegung weiter unterstützen und neue Formen der Zusammenarbeit suchen.

Von großer Bedeutung ist auch, daß die verschiedenen Leistungen koordiniert und bürgernah angeboten werden.

Selbstverwaltete oder genossenschaftlich organisierte Betriebe verdienen eine besondere Förderung, da sie aus ordnungspolitischen und ideologischen Gründen von den Banken und Arbeitgeber-Kammern benachteiligt werden. Die SPD Saar fordert

- die weitere Förderung der Beratungsarbeit von "Netzwerk Selbsthilfe";
- die Einrichtung eines Bürgschaftsfonds zur Erleichterung der Kreditaufnahme;
- die Einrichtung eines Fonds für Investitionszuschüsse;
- Marktorientierungshilfen;
- Zinszuschüsse aus Mitteln der Saarländischen Investitionskreditbank.

Wohnungspolitik

Inbesondere in den Ballungsgebieten ist der Wohnungsmarkt seit Jahren angespannt. Durch den anhaltenden Zustrom von Aus- und Übersiedlern hat sich die Lage zuletzt weiter verschärft. Obwohl im Saarland die Wohnungsvorsorge noch vergleichsweise günstig ist, sind auch hier vor allem einkommensschwache Haushalte, die auf billigen Wohnraum angewie-

sen sind, von der Wohnungsverknappung in besonderem Maße betroffen. Daher sind wirksame Maßnahmen zur möglichst raschen Ausweitung des Angebots an Mietwohnungen speziell für solche Haushalte erforderlich.

Für die SPD Saar ist eine **Stärkung des sozialen Wohnungsbaus** unabdingbar. Sie wird darauf drängen, daß der Bund die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau spürbar erhöht. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird auch zukünftig die dazu notwendigen Landesmittel bereitstellen.

Für das Saarland mit seinem hohen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern besonders bedeutsam ist die Nutzbarmachung zusätzlichen Wohnraums durch Um- und Ausbau, durch Teilung von Wohnungen oder durch Zusammenlegung von Wohnungen. Hierfür sind die Fördermöglichkeiten im Rahmen des traditionellen sozialen Wohnungsbaus jedoch begrenzt. Es müssen daher auch neue Instrumente geschaffen werden.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird außerdem prüfen, ob durch die Einführung einer Zweckentfremdungsverordnung zur Verhinderung der Umnutzung von Wohnraum in gewerbliche bzw. freiberufliche Zwecke zur Verbesserung der Wohnraumsituation beitragen kann.

Jugend- und Familienpolitik

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen fällt in die Verantwortung des Bundes. Die saarländische Landesregierung hat sich wiederholt auf Bundesebene für eine Verbesserung der materiellen und sozialen Stellung der Familien eingesetzt. Die Forderung nach Erhöhung und sozial gerechter Staffelung des Kindergeldes, einem sozial gerechten Familienlastenausgleich und der Wiedereinführung des Bafögs wurden von der Mehrheit der CDU/CSU-geführten Länder abgelehnt. Die SPD Saar wird sich für diese Forderungen weiter massiv einsetzen.

In der Familienpolitik des Saarlandes muß die Unterstützung finanziell und gesellschaftlich benachteiligter Familien im Vordergrund stehen. Die saarländische SPD wird deshalb die eingeleitete Schwerpunktsetzung weiterverfolgen und insbesondere Maßnahmen zur Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung von Beratungs- und Bildungsangeboten für Familien und die Förderung von familienunterstützenden ambulanten sozialen Diensten ausweiten.

Die von der Landesregierung 1985 gestartete Initiative "Saarland - Kinderland" zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern wird weitergeführt.

In der Jugendpolitik hat die Bekämpfung der Berufsnot junger Menschen absolute Priorität. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen ist es der Landesregierung gelungen, einen wirksamen Beitrag zur Erhöhung der Ausbildungsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge zu leisten. Die Entschärfung der Situation auf dem Ausbildungsplatzsektor macht neue Initiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht überflüssig.

In der Jugendverbandsarbeit, wird es, neben der institutionellen Förderung der anerkannten Jugendverbände, zukünftig eine stärkere Orientierung auf projektbezogene Entwicklungen geben.

Um eine gleichberechtigte Entwicklung von Jungen und Mädchen zu erzielen, werden im Bereich der außerschulischen Mädchenarbeit verstärkt Konzepte und Projekte gefördert, die geeignet sind, traditionelle Geschlechtsrollenmuster aufzulösen.

Ein wichtiger Akzent wird auch in Zukunft auf der verstärkten Förderung des internationalen Jugendaustausches liegen. Die persönliche Begegnung junger Menschen aus verschiedenen Ländern ist ein wichtiger Beitrag zum Frieden und zur Völkerverständigung.

Bedürfnisgerechte Politik für ältere Menschen

1960 waren im Saarland 14 % der Bevölkerung 60 Jahre oder älter. 1985 waren es bereits 20,5 %, im Jahre 2000 werden es 25 % sein. Die **wachsende Zahl älterer Menschen**, die Unterschiedlichkeit der Art und Intensität ihres Hilfebedarfs, aber auch die steigende Aktivität und das **wachsende Selbstbewußtsein der älteren Menschen** stellen hohe Anforderungen an das soziale Dienstleistungssystem.

Um das Ziel zu erreichen, die Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der älteren Bürgerinnen und Bürger soweit und solange wie möglich zu erhalten, wird sich die SPD Saar dafür einsetzen, daß Sozialstationen, mobile soziale Dienste, Alten- und Pflegeheime, Selbsthilfegruppen, Sozial- und Gesundheitsämter und Kurzzeitpflegeeinrichtungen eng zusammenarbeiten, um ein abgestuftes Angebot aus Hilfe, Versorgung und Selbsthilfe zu gewährleisten.

Mit der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung erhöht sich auch das Pflegefallrisiko. Um die Voraussetzungen für die häusliche Pflege zu verbessern, fordert die saarländische SPD einen Ausgleich der Belastung für betroffenen Familien. Die von der saarländischen Landesregierung initiierten "**saarländischen Altentage**" waren sichtbarer Ausdruck der Aktivitäten und der Leistungsfähigkeit unserer älteren Mitbürgerinnen

und Mitbürger. Für die SPD Saar ist die Entwicklung einer eigenständigen **Altenkultur** ein wichtiger Beitrag zu einer humanen und solidarischen Gesellschaft.

Integration von behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern

Die selbstverständliche Integration von behinderten Mitmenschen ist **Markenzeichen einer solidarischen Gesellschaft**. Die saarländische Landesregierung hat durch die Berufung eines Betroffenen zum **Landesbeauftragten für Behindertenfragen** eine langjährige Forderung der Behinderten und ihrer Verbände erfüllt. Der Landesbeauftragte stellt sicher, daß bei relevanten Maßnahmen die Belange behinderter Menschen im Saarland Berücksichtigung finden.

Behinderte sind überdurchschnittlich stark von der **Arbeitslosigkeit betroffen**. Zur Erleichterung der Eingliederung in das Berufsleben ist die Förderung von **Behindertenwerkstätten** und die Einrichtung von behindertengerecht gestalteten Arbeitsplätzen erforderlich.

Die seit 1986 erstmals bestehende Möglichkeit des **gemeinsamen Unterrichts** von behinderten und nichtbehinderten Kindern ist für die saarländischen SPD ein wichtiger Schritt zur Integration von Behinderten und zum frühzeitigen Abbau von Vorurteilen.

Gesundheitspolitik

Die saarländische SPD stellt Prävention und Gesundheitsförderung an die erste Stelle ihrer Gesundheitspolitik. Diese neue Gesundheitspolitik, die nach den Ursachen und Bedingungen von Krankheit und Gesundheit fragt, verfolgt zwei zentrale Ziele: die gesundheitsgerechte Gestaltung der Lebensverhältnisse (z.B. Wohnen, Arbeit, Angebote des Gesundheitswesens) und die Förderung von gesundheitsbewußtem Verhalten der Bürgerinnen und Bürger.

Um Prävention und Gesundheitsförderung als erste gesundheitspolitische Aufgabe wahrzunehmen, mußten und müssen die notwendigen Bedingungen geschaffen werden:

- o Die saarländische Krankenhausstruktur wurde neugeordnet. Hierdurch wurde eine medizinisch hochwertige, regional ausgewogene Krankenhausversorgung im Saarland gewährleistet und finanziell gesichert. Mit der Verabschiedung des Krankenhausgesetzes, der Vorlage des Krankenhausplanes und des Krankenhausinvestitionsplanes ist es der Landesregierung in nur drei Jahren gelungen, diese Aufgabe erfolgreich abzuschließen.



- o Die interne Krankenhausstruktur wurde neugeordnet. Durch die Stärkung der Krankenhauspflege, den Ausbau des Krankenhaussozialdienstes (Patientinnen-/Patienten-Beratung), die Einführung eines unabhängigen Patientinnen-/Patienten-Sprechers, Vorschriften über den Patientinnen-/Patienten-Datenschutz, die Sicherung der Möglichkeit der Mitaufnahme von Begleitpersonen bei der Aufnahme kranker Kinder (letzteres ist bundesweit als besonders fortschrittlich anerkannt) wurde eine erhebliche Qualitätsverbesserung für die Patientinnen und Patienten erreicht.

- o Wichtige Fortschritte seit 1985 wurden auch in anderen Bereichen des Gesundheitswesens erreicht: aktive Gesundheitsaufklärung und -beratung, AIDS-Aufklärung und -Hilfe, Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen, Ausbau der ambulanten und stationären Suchtkrankenhilfe, Aufbau von Einrichtungen und Maßnahmen der gemeindenahen Psychiatrie, Schließung von Versorgungslücken in der stationären Krankenhausversorgung u.a. in der Geriatrie, Psychiatrie, Orthopädie, Zukunftsinvestitionen in der Universitätsklinik Homburg wie z.B. Neubau Chirurgie. Im Einflußbereich des Landes wurden auch Maßnahmen eingeleitet, die die besonderen Belastungen des Pflegepersonals im stationären und ambulanten Bereich vermindern, wie z.B. mehr als 300 Neueinstellungen im Landeskran-

kenhaus Homburg und verstärkte Förderung von Alten- und Krankenpflegehelferinnen und -helfern in Sozialstationen und mobilen sozialen Hilfsdiensten.

Für die Zukunft stellen sich insbesondere folgende Aufgaben:

- o Reformierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit den Schwerpunktaufgaben Prävention und Gesundheitsförderung sowie gesundheitlicher Umweltschutz;
- o Unterstützung der weiteren Verzahnung von ambulantem und stationärem Bereich im Gesundheitswesen, die bisher bereits durch das Krankenhausgesetz und die dadurch möglich gewordenen regionalen Koordinierungsstellen und regionalen Gesundheitskonferenzen eingeleitet wurde;
- o Verstärkung von Forschung und Lehre in den Schwerpunkten Epidemiologie, Krankheitsursachenforschung, Gesundheitsförderung, betrieblicher Gesundheitsschutz sowie Immunologie und biologische Medizin. Ein besonderer Schwerpunkt sollte die Erforschung und Behandlung von Alterskrankheiten sein.
- o Stärkung und Aufwertung der Rolle des Pflegepersonals in der ambulanten und stationären Krankenhausversorgung als eigenständige und eigenverantwortlich handelnde Berufsgruppe;

- o Die weitere zielgerichtete und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Universitätskliniken im Landeskrankenhaus Homburg, um sowohl eine hochwertige klinische Forschung und Lehre, als auch zeitgemäße Krankenversorgung in einer Hochleistungsklinik sicherstellen zu können.

Für die saarländische SPD stehen die folgenden Herausforderungen und Themen auch weiterhin im Zentrum ihrer Gesundheitspolitik: Psychiatrie, AIDS, Drogen/Sucht, Ernährung, alte Menschen, Gesundheit und Arbeitswelt.

Die Zustände in der saarländischen Psychiatrie sind auch für die SPD weiterhin unbefriedigend. Ziel bleibt eine wohnort- und familiennahe Versorgung von psychisch Kranken und behinderten Menschen. Der Tendenz der Ausgrenzung psychisch Kranker muß durch das Konzept der "gemeindenahen Psychiatrie" entgegen gewirkt werden. Dazu ist es notwendig, Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen zu fördern und die personelle und räumliche Ausstattung der Kliniken und Heime zu verbessern und wohnortnah umzustrukturieren.

Schwerpunkt sozialdemokratischer Gesundheitsaufklärung und -förderung ist eine frühzeitige und umfassende Prävention und Vorsorge bezüglich der großen Gesundheitsgefahren und -probleme wie z.B. AIDS, Ernährung, Drogen/Sucht.

AIDS-Prävention muß auch nach Auslaufen der Modellprojekte fortgesetzt werden.

Gesunde Ernährung muß für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv sein und ermöglicht werden, z.B. durch die Sicherung der Trinkwasserqualität, das Eindämmen von Chemie in Lebensmitteln, die Verstärkung von Lebensmittel- und Produzentenkontrollen und des Verbraucherschutzes.

Drogenprävention und -hilfe muß sich an folgenden Prämissen orientieren:

- zentrale Stellung der Prävention
- Ausbau der Therapie
- Entkriminalisierung der Drogenabhängigen und Verstärkung der Motivation zur Therapie.

Die saarländische SPD setzt sich weiterhin für den bedarfsgerechten Ausbau und die Verbesserung der ambulanten und stationären Einrichtungen ein, die alte Menschen im Saarland betreuen und versorgen. Durch bessere personelle und materielle Ausstattung der bestehenden Angebote und durch eine weitere Verdichtung des vorhandenen Netzes kann dies erreicht werden. Eine weitere Qualitätsverbesserung in der Altenpflege soll durch die Umstrukturierung der Ausbildung zur

Altenpflegerin/ zum Altenpfleger geschaffen werden, die auf drei Jahre ausgeweitet und schuldgeldfrei werden soll.

Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung in der Arbeitswelt ist für die saarländische SPD eine zentrale Aufgabe, die zukünftig in enger Zusammenarbeit mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Vertreterinnen und Vertretern verstärkt werden muß. Dabei stehen zwei Aufgaben im Mittelpunkt:

- Information, Beratung und Fortbildung sowohl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch von ihren Vertreterinnen und Vertretern bezüglich Gesundheitsgefährdung und -schutz am Arbeitsplatz (z.B. gefährliche Stoffe, Lärm, Raumklima),
- Ausbau der sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst des Landes und auf kommunaler Ebene, wie z.B. durch die personelle und materielle Verstärkung der Gewerbeaufsicht im Bereich des Arbeitsschutzes, durch Sonderaktionen der Gewerbeaufsicht im Bereich der arbeitsbedingten Erkrankungen und der gefährlichen Arbeitsstoffe und durch die Verstärkung des gewerbeärztlichen Dienstes.

Außerdem wird sich die saarländische SPD dafür einsetzen, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ausgeweitet wird.

Die Möglichkeit der Gentechnologie und der Fortschritt der medizinischen Technik stellen nach Auffassung der saarländischen SPD hohe Ansprüche an die ethische Verantwortung der Medizin. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat ihrerseits durch die Richtlinien zur In-Vitro-Fertilisation (Befruchtung außerhalb des Mutterleibes), die in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer des Saarlandes entwickelt wurden, ihre Verantwortung für ein Gesundheitswesen, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, wahrgenommen.

4. Bürgerverantwortung in einem offenen Gemeinwesen

Stärkung der Bürgerbeteiligung

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beschränken ihre Arbeit nicht nur auf die Übernahme von staatlicher Verantwortung und die Mitwirkung in Regierungen und Verwaltungen. Vielmehr arbeiten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überall dort mit, wo Gesellschaft gestaltet und verändert wird. Sie arbeiten mit in den Mitbestimmungsorganen von Schulen und Universitäten, in den Gewerkschaft-

ten, Betriebsräten und Mitbestimmungsgremien, in Bürgerinitiativen, in der Frauenbewegung und in der Friedensbewegung.

Für die saarländische SPD ist die **Mitwirkung** dieser gesellschaftlichen Kräfte an politischen Entscheidungen von großer Bedeutung. Deshalb ist sie bemüht die Initiative, das Engagement, den Sachverstand und auch den Protest in politische Entscheidungen einfließen zu lassen.

Die saarländische Landesregierung hat in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen die Voraussetzungen für eine stärkere Förderung und Einbeziehung der Bürger-Initiative verbessert. Die Einführung der eingeschränkten Verbandsklage für die anerkannten Naturschutzverbände ist hierfür ein Beispiel.

Aber auch wo sich Protest gegen Entscheidungen und Vorhaben der Landesregierung äußert, ist diese gefordert, den Protest ernstzunehmen und durch eine rechtzeitige und offene Informationspolitik eine sachliche Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Für die saarländische SPD ist eine funktionstüchtige kommunale Selbstverwaltung von zentraler Bedeutung für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Kommunalpolitik ist überschaubar und wird von der Bevölkerung hautnah erlebt.

Voraussetzung für eine handlungsfähige Kommunalpolitik ist eine ausreichende **Finanzausstattung**. Die unbefriedigende Haushaltslage der meisten saarländischen Kommunen hat sich in den letzten Jahren verbessert. Erstmals konnten 1988 die aufgelaufenen Gesamtdefizite abgebaut und die jahresbezogene Haushaltsunterdeckung erheblich zurückgeführt werden. Durch gemeinsame **Konsolidierungsanstrengungen**, die Änderungen des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes und die bundesweit beispielhaften freiwilligen Leistungen des Landes insbesondere zur Ausweitung der Investitionstätigkeit haben die Gemeinden **neuen Spielraum** gewonnen.

Die saarländische SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß durch eine Reform der Gemeindefinanzierung, insbesondere durch die Entlastung der Kommunen von Sozialhilfekosten, eine **dauerhafte Stärkung der Investitionskraft** eintritt.

Neben der Sicherstellung des finanziellen Handlungsspielraums ist auch die Stärkung der kommunalen Kompetenzen und eine **Erweiterung der politischen Gestaltungsmöglichkeiten** der Kommunen Ziel sozialdemokratischer Politik an der Saar.

Stärkung der inneren Liberalität

Die innere Liberalität als Schutz der Freiheit des Einzelnen ist für die Sozialdemokraten ein entscheidendes gesellschaftspolitisches Gut.

Unmittelbar nach ihrer Amtsübernahme hat die Landesregierung mit der Aufhebung des sogenannten Radikalenerlasses ein politisches Zeichen für ihr Grundverständnis gesetzt. Zur Sicherung der Selbstbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger wurden die Datenschutzbestimmungen in vielen Bereichen verschärft.

Die Organisation und die Ausstattung der Polizei wurden im Hinblick auf die Verbrechensbekämpfung verbessert: So wurden Rauschgiftermittlungsgruppen und eine Ermittlungsgruppe organisierte Kriminalität eingerichtet und die Bekämpfung der Umweltkriminalität intensiviert. Bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken wurde ein Sonderdezernat "Gewalt gegen Frauen" eingerichtet.

Die klare Absage der Landesregierung an eine paramilitärische Ausrüstung der Polizei durch die Abschaffung von CS-Reizgas, Handgranaten und Maschinengewehren trägt aus der Sicht der saarländischen SPD wesentlich zur Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Polizei und Bürger bei. Das Konzept der Deeskalation bei Demonstrationen und Aktionen hat sich bislang bewährt.

Die saarländische SPD wird sich dafür einsetzen, daß dieser Kurs weitergeführt wird.

Zum Verständnis der Sozialdemokratischen Partei von einem liberalen Rechtsstaat gehört auch die Humanisierung des Strafvollzugs. Der Resozialisierungsgedanke ist die Leitlinie für die saarländische Strafvollzugspolitik. Dazu gehört auch die Entwicklung eines Konzeptes ganzheitlicher Familien- und Partnerschaftsarbeit in der Straffälligenhilfe.

Durch bauliche Verbesserungen in verschiedenen Haftgebäuden sowie durch Veränderungen der inneren Struktur des Strafvollzugs wurden erste Voraussetzungen für eine stärkere Ausrichtung des Strafvollzugs auf die Wiedereingliederung von Straffälligen in die Gesellschaft geschaffen.

Innere Liberalität zeigt sich auch im Umgang mit Minderheiten. Für die saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellt sich die Forderung nach einem fairen Umgang mit Minderheiten heute insbesondere gegenüber bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländern und ihren Familien. Sie haben Anspruch auf Achtung ihrer kulturellen und nationalen Identität, aber auch auf umfassende Teilhabe am Leben unserer Gesellschaft.

In einer solidarischen Gesellschaft muß es zur Selbstverständlichkeit werden, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, sowie Aus- und Übersiedler zu integrieren.

Gerade die erstgenannte Gruppe wird in der jüngsten Vergangenheit durch einen erstarkten Rechtsradikalismus unter Druck gesetzt. Die SPD bekämpft diesen Rechtsradikalismus in Konsequenz. Deshalb wird unter einer SPD geführten Landesregierung die Integration dieser Bevölkerungsgruppe vorangetrieben.

Es wird ein solidarischer Beitrag der Gesellschaft von Nöten sein, um die vorhandenen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot für diese Bevölkerungsgruppe zu lösen.

Dieses Ziel wird die Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode unter Beachtung der Interessen aller in Angriff nehmen. Dies auch um dem aufkommenden Rechtsradikalismus entgegenzutreten.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der Schutz von politisch Verfolgten mehr als ein Gebot der Menschlichkeit. Aus den leidvollen Erfahrungen des Saarlandes als Grenzland und auch in Erinnerung an die vom Naziregime verfolgten Deutschen spricht sich die saarländische SPD eindeutig gegen jede Einschränkung des im Grundgesetz garantierten Asylrechtes aus.

IV. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung — Chancen für die Zukunft

Die Bildungspolitik wird in den 90er Jahren wieder Thema von vorrangiger Bedeutung:

- Der gesellschaftliche Stellenwert von Qualifizierung wird weiter wachsen.
- Die verstärkte Bedeutung der (beruflichen) Qualifikation und der Innovationsorientierung darf jedoch nicht zu einer kulturellen und sozialen "Analphabetisierung" der Bevölkerung führen (Verkümmern kultureller und sozialer Fähigkeiten und Kenntnisse).
- Die demographische Entwicklung wird das Bildungssystem in den 90er Jahren vor noch größere Herausforderungen stellen als in der Vergangenheit.

Sozialdemokratische Bildungspolitik an der Saar hat diese Herausforderungen in den letzten Jahren offensiv angenommen. Sie hat Lösungen realisiert oder eingeleitet, die zum Teil bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen haben.

1. Sicherung eines zukunftsorientierten Bildungsangebotes

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung mußte zu Beginn ihrer Amtszeit entscheidende Versäumnisse ihrer Vorgängerinnen beseitigen. Das saarländi-

sche Schulsystem war strukturell, didaktisch und inhaltlich nicht auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft vorbereitet.

Die **versäumte Anpassung** an langfristige demographische Entwicklungen hatte zu einem bedeutenden Kostenüberhang im Vergleich zu anderen Bundesländern geführt. Angesichts der dramatischen Haushaltslage des Landes mußten diese Relationen rasch verbessert werden.

Die Sicherung eines zukunftsorientierten Bildungsangebotes in den Schulen erfolgte seit 1985 erstmals auf der Grundlage einer fundierten **Schulentwicklungsplanung**. Im Rahmen der durch die demographische Entwicklung gegebenen Bedingungen wurden Wohnortnähe und ein differenziertes Bildungsangebot sichergestellt. **Schulentwicklungsplanung, Schulrechtsnovelle** und die auf dieser Grundlage erfolgten **Strukturmaßnahmen** haben im Saarland die Voraussetzung für eine inhaltliche, pädagogische und didaktische Zukunftsentwicklung des Bildungswesen geschaffen.

Gesamtschule setzt sich durch

Brennpunkt dieser Entwicklung ist die Gesamtschule. Sie ist trotz einer massiven Gegenkampagne durch den politischen Gegner in den letzten Jahren von der **saarländischen Bevölkerung** in vollem Umfang akzeptiert worden.

Das saarländische Modell zum Ausbau der Gesamtschullandschaft hat sich durchgesetzt:

- o Gesamtschulen wurden nur dort errichtet, wo dies vom Elternwillen und dem Willen der örtlichen politischen Gremien gewünscht wurde.

- o Saarländische Gesamtschulen verbinden die pädagogischen und didaktischen Vorteile dieser Schulform (bessere individuelle Förderung, Verhinderung zu früher Auslese, Eröffnung weiterführender Abschlüsse) mit dem Ziel der Wohnortnähe. Saarländische Gesamtschulen sind deshalb bewußt in kleinen, überschaubaren Einheiten konzipiert worden.

An diesen Grundsätzen wird sich die Entwicklung in den 90er Jahren weiter orientieren. Gesamtschule ist die in Europa vorherrschende Schulform. Im Saarland wird mit der Gesamtschule gleichzeitig ein zukunftsorientiertes Schulsystem geschaffen und der tiefgreifende demographische Wandel bewältigt.

Die Einrichtung von Gesamtschuloberstufen stellt eine hervorragende bildungspolitische Aufgabe für die nächste Legislaturperiode dar. Dies kann in Form von eigenen oder durch Kooperation mit bereits bestehenden Oberstufen geschehen. Anknüpfend an die pädagogischen Grundsätze der Gesamtschule (Kleingruppenarbeit, solidarisches Lernen, Teamgedanke, Pro-

jektunterricht usw.) soll versucht werden, den Schülerinnen und Schülern ein vielfältiges Angebot, das auch die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung beinhaltet, anzubieten.

Neuen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden

Saarländische Schulen sind in der letzten Jahren verstärkt darauf vorbereitet worden, innovative Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft zu begleiten. Dies gilt für neue beruflich-fachliche Erfordernisse ebenso wie für den Erwerb entsprechender sozialer Kompetenzen.

Bei der Einführung der informationstechnischen Grundbildung hat das Saarland eine Vorreiterrolle übernommen. Verstärkt wurde vor allem aber auch die praxisorientierte Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen. Unter Beibehaltung des Leistungsprinzips haben fächerübergreifender und praxisorientierter Unterricht, experimentelle Lehrformen und Lernformen sowie der Gruppenunterricht eine größere Bedeutung erlangt. Kreativität, Solidarität und gesellschaftliche Verantwortung sind in saarländischen Schulen jetzt Lernziel.

Neben der individuellen Beherrschung "neuer Kulturtechniken" (z.B. informationstechnische Grundbildung) wird an den saarländischen Schulen künftig auch soziale und ökologische Beherrschbarkeit

des technischen und wirtschaftlichen Wandels verstärkt Thema der Lehrpläne sein.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern wird integraler Bestandteil von Inhalten und Struktur des saarländischen Bildungswesens werden.

Neue Kulturtechniken - neue Kulturbildung

Die verstärkte Förderung technologiebedingter Grundkenntnisse und Fähigkeiten in der Schule darf nicht zu neuen Einseitigkeiten führen. Computer und neue Medien sowie die entsprechenden Freizeitindustrien drohen den Alltag der Schülerinnen und Schüler schon heute massiv zu beeinflussen.

Dem setzen saarländische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Konzept einer musisch-kulturellen Alphabetisierung entgegen.

Kunst- und Literaturunterricht müssen verstärkt Gegengewichte zu technikorientierten Alltagskultur bilden. In der Schule und in ihrem Umfeld sollen zusätzliche Freiräume für die Ausbildung ästhetischer Bedürfnisse und Fertigkeiten geschaffen werden.

Freie Kunstschulen als außerschulische Angebote für Jugendliche und Erwachsene zur Entfaltung ihrer Kreativität werden gefördert.

Die von sozialdemokratischer Bildungspolitik im Saarland seit einigen Jahren geförderte Öffnung der Schulen wird hier wichtige Aufgaben übernehmen können: Schule erhält im Saarland künftig die Funktion eines kulturellen Zentrums in der Gemeinde. Sie soll lokaler und geistiger Brennpunkt auch außerhalb der Vermittlung formaler Bildung sein. Sie unterstützt damit das Konzept einer lebensnahen und praxisorientierten Pädagogik.

Dem Konzept der Öffnung von Schulen entspricht im Saarland auch die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler in die Regelschulen. Gleiches gilt auch für die vorschulischen Einrichtungen. Maßstab ist in jedem Einzelfall die bestmögliche individuelle Förderung der behinderten Kinder.

Zukunftsaufgaben für die saarländischen Hochschulen

Die Entwicklung der saarländischen Hochschulen und ihres Wissenschafts- und Forschungsumfeldes hat unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eine entscheidende Funktion beim Strukturwandel übernommen.

Durch den massiven Ausbau technischer Bereiche wurden die Voraussetzungen für den Abbau des Forschungs- und Entwicklungsdefizites der Region geschaffen. Universität und Fachhochschule werden so zu Kristallisationspunkten für den Auf-

bau neuer, zukunftssträchtiger Wirtschaftszweige an der Saar. Die SPD Saar wird diesen Entwicklungsprozeß auch in Zukunft aktiv begleiten.

Besondere Schwerpunkte sind

- der Aus- bzw. Aufbau eines Wissenschafts- und Forschungsschwerpunktes für **europäische Integration**;

- die Verknüpfung anwendungsorientierter Sektoren der Geisteswissenschaften mit techniknahen Disziplinen (z.B. Sprach- und Informationswissenschaften, Ingenieur- und Sozialwissenschaften im Bereich der Technologiefolgenabschätzung).

Die saarländische SPD strebt über den Bereich des konkreten Technologie- und Wissenstransfers hinaus eine **breite Öffnung der saarländischen Hochschulen für die Bedürfnisse der Region und ihrer Menschen** an. Die Vernachlässigung der technischen und technologischen Ressourcen unserer Hochschulen im Strukturwandel vor 1985 ist nur ein Beispiel für die **strukturpolitischen Versäumnisse der Vergangenheit**. Die SPD Saar wird die **positive Rolle der saarländischen Hochschulen für die Entwicklung der Region** in den kommenden Jahren weiter gezielt ausbauen.

2. Qualifizierungsoffensive

Die Förderung der Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist für Regionen im Strukturwandel von zentraler Bedeutung. Sie bietet den Menschen nach wie vor den besten Schutz vor der Erwerbslosigkeit. Qualifizierungspolitik ist daher für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor allem auch zentrales Element einer arbeitnehmerorientierten Strukturpolitik.

Sie erleichtert die sozialverträgliche Gestaltung eines unumgänglichen Kapazitätsabbaus. Sie erleichtert andererseits den Auf- und Ausbau neuer und zukunftsträchtiger Erwerbsbereiche.

Die Schwerpunkte der Qualifizierungsoffensive unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung

- lagen zwischen 1985 und 1989 in der Förderung **zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten** für junge Menschen, insbesondere für Mädchen und junge Frauen;
- liegen zur Zeit beim Auf- und Ausbau eines dezentralen, kooperativen Netzes beruflicher Weiterbildungsstätten auf höchstem technischen Niveau im Rahmen des **Zukunftsqualifikationsprogrammes Saar**.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung ist im Begriff, durch ein integriertes saarländisches Weiterbildungs-gesetz, das die allgemeine, berufliche und politische Weiterbildung einschließt, diesen Teil des Bildungswesens aufzuwerten. Durch eine gezielte Förderung staatlich anerkannter Träger wird der Modernisierungsprozeß der Weiterbildungsinfrastruktur im Saarland fortgesetzt. Gleichzeitig wird dem wachsenden Qualifizierungsbedarf durch Ausbau des bezahlten Bildungsurlaubs für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Rechnung getragen.

Qualifizierung als Standortvorteil

Das Saarland setzt auf Qualifizierung:

- Bereits in der Vergangenheit sind Erfolge bei der Umstrukturierung der Wirtschaft dem hohen Grad der Qualifikation saarländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu danken. Dieses Potential hervorragend ausgebildeter Männer und Frauen hat das Land in der Vergangenheit für die Produktion hochwertiger Güter interessant gemacht und wichtige Umstrukturierungserfolge ermöglicht.
- Angesichts der zunehmenden Standortkonkurrenz in dem entstehenden europäischen Binnenmarkt wird Qualifikation insbesondere im Hinblick auf hochwertige Produktion und Dienstleistungen immer wichtiger.

- Die neuen Standortvorteile des Saarlandes erfordern neue Qualifizierungsanstrengungen: Dies gilt für den Binnenmarkt, dessen Gelingen wesentlich vom Erwerb kultureller Kompetenzen (Sprachen, Kenntnisse der Partnerländer und ihrer Wirtschaftssysteme, Mentalitäten) abhängen wird. Dies gilt in hohem Maße natürlich auch für die im Gefolge des Ausbaus der Forschungs- und Entwicklungslandschaft an der Saar entstehenden neuen Wirtschaftsaktivitäten im Hochtechnologiebereich.

Qualifizierung ist in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik an der Saar. Ziele sind insbesondere

- die Reform der beruflichen Bildung und ihre Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen.

Die Reform der beruflichen Bildung ist in der ersten Hälfte der 90er Jahre Schwerpunkt sozialdemokratischer Bildungspolitik an der Saar. Sie wird der Neustrukturierung wesentlicher Berufsfelder im Rahmen des technischen und wirtschaftlichen Wandels entsprechen. Sie wird darüber hinaus den qualifikatorischen Unterbau für den Strukturwandel an der Saar verstärken und effektivieren. Neue Aus- und Weiterbildungseinrichtungen werden deshalb insbesondere auf die Schwerpunkte künftiger Standortprofilierung ausgerichtet.

Dies soll - soweit erforderlich - auch durch die Erprobung bzw. Einrichtung neuer Schulformen (z.B. Doppelqualifizierung) erreicht werden.

- die Integration von Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik;
- die Fortsetzung und Intensivierung der Qualifizierungsoffensive Saar mit den Schwerpunkten
 - o Schaffung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten entsprechend den neuen Schwerpunkten des Strukturwandels
 - o Ausbau der Weiterbildung als selbstständiger Teil des öffentlichen Bildungswesens mit einem Ansatz zur Integration von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung
 - o Gezielte Ausbildungsförderung für nach wie vor benachteiligte Problemgruppen des Ausbildungsstellenmarktes, vor allem für Mädchen und junge Frauen
 - o Beseitigung qualifikatorischer Engpässe in Einzelbereichen (z.B. Management, Fremdenverkehr)

Politik für die 90er Jahre

Nur Illusionisten konnten 1985 annehmen, daß es in einer Legislaturperiode gelingen würde, die umfassende soziale, wirtschaftliche, ökologische und letztlich auch kulturelle Krise des Landes zu beseitigen.

Und doch konnte unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung mehr für das Land und seine Menschen erreicht werden, als selbst Optimisten vermutet hatten:

- o Die tiefgreifenden Probleme der Stahlindustrie als Ursache und zugleich Symptom einer umfassenden regionalen Krise wurden beseitigt.
- o Ähnlich beharrlich und engagiert kämpft die saarländische SPD jetzt für die Zukunft des Saarbergbaus.
- o Für den zukunftsorientierten Strukturwandel konnten die Chancen entscheidend verbessert werden.
- o In den letzten Jahren wurden wesentliche Grundlagen für eine durchgreifende Verbesserung der Umweltsituation im Lande geschaffen.

Das Saarland ist aber noch nicht über den Berg.

Die Rahmenbedingungen für die Bewältigung wesentlicher Zukunftsfragen, so

- der künftigen Rolle des deutschen Steinkohlebergbaus und
- der hinreichenden finanziellen Ausstattung der Länder zur Gewährleistung des Grundgesetzauftrages zur Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse

werden außerhalb des Landes gesetzt.

Saarländische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden in diesen Fragen wie in der Vergangenheit ihr politisches Gewicht auf Bundesebene und im europäischen Rahmen zur Geltung bringen, um die Interessen des Landes zu sichern.

Soweit dies durch regionales Handeln möglich war, hat das Land in den letzten Jahren wichtige Fortschritte bei der Lösung seiner Existenzprobleme erzielt. Vieles mußte langfristig angelegt werden. Die Früchte dieser Arbeit werden sich in den 90er Jahren zeigen.

Im Land ist unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eine breite Aufbruchstimmung entstanden. Sie hilft, die gesellschaftlichen Selbstheilungskräfte in vielen Bereichen zu mobilisieren. Stabilisierung und Mobilisierung waren die entscheidenden Aufgaben, die unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in den letzten Jahren bewältigt wurden.

Die Leistungen des Landes, sein Selbstbehauptungswille und seine Kreativität finden zum ersten Mal auch über die Landesgrenzen hinaus anerkennende Beachtung.

In den 90er Jahren wird der zukunftsorientierte Strukturwandel an der Saar eine neue Qualität erreichen:

Dann wird die Vielfalt der Initiativen in den vergangenen Jahren ihre breite Wirkung entfalten. Die damit erzeugten Entwicklungskräfte werden sich gegenseitig verstärken. Gefahr droht diesem "endogenen" Entwicklungsprozeß an der Saar in erster Linie von außerhalb: Nach wie vor werden entscheidende Bedingungen für die Zukunft des Landes und seiner Wirtschaft außerhalb gesetzt.

Sozialdemokratische Politik an der Saar steht für beides:

- den Willen und die Kompetenz, Schaden vom Lande und seinen Menschen fernzuhalten und Unterstützung von außerhalb zu mobilisieren;
- den Fähigkeiten und der Kreativität unserer Bevölkerung eine Basis zur freien Entfaltung zu bieten.

Dafür benötigt das Land weitere fünf Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung.